

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Aufhebung des SA-Verbots?

Uniformen wieder erlaubt — Zeugmeistereien fieberhaft beschäftigt!

Berlin, 27. Mai 1932.

Die „Z. N.“ berichten:

Seit einigen Tagen herrscht in der Zeugmeisterei der NSDAP, der „früheren“ der SA, lebhaftes Interesse für Mannschaften in der alten Stärke der SA. Neue „feldmarschmäßige“ Uniformen, hohe Leder-Kniestiefel usw. anzufertigen.

Infolgedessen nimmt man hier an, daß das Verbot der SA. Anfang Juni aufgehoben wird. Rückfragen an Stellen, die es wissen müßten, werden nicht mit Entschiedenheit abgewiesen, sondern ablenkend hingehalten. Das SA-Verbot wird „mit oder ohne Groener“ fallen.

Gleichzeitig soll das allgemeine Uniformverbot aufgehoben werden. Die Uniformen der verschiedenen Verbände sollen einander sehr ähnlich gestaltet (zugleich eine Vorbereitung auf die „Reichssportverbände“! D. Red.) werden, nur die Embleme werden verschieden sein, so daß die verschiedenen Kampftruppen nur in der Nähe von einander zu unterscheiden sein sollen.

Die umzugestaltende SA. der NSDAP wird nicht mehr sämtliche früheren Mitglieder wieder aufnehmen. Die neuen Angehörigen werden vielmehr einer militärärztlichen Unter-

suchung, genau nach den Vorschriften und Erfordernissen der Reichswehr, unterzogen werden.

Daß das nach der vorliegenden Information bereits vor der Abreise des Staatssekretärs Herrn Meißner nach Neudeck beschlossene legale Wiederaufleben der SA durch die Exzesse im Landtag wieder in Frage gestellt werden könnte, gilt hier nicht als wahrscheinlich. Die Wehrmacht und ihr Oberbefehlshaber halten die Kompletierung der Wehrverbände als die durchaus vordringliche Angelegenheit, die durch derartige Zwischenfälle — die ja, auch durchaus nicht gegen den „Geist der Wehrhaftigkeit“ verstießen — nicht, auch noch nicht einmal im Tempo, in Frage gestellt werden dürften.

*

Diese Meldung der gewöhnlich gut informierten „Zeit-Notizen“ wird auch durch andere Tatsachen erhärtet! Die neue Legalisierung der SA ist ein Punkt des Koalitionsprogramms der kommenden Nazi-Bürgerblock-Regierung. Die Antwort muß sein:

Ein Kampfkartell

aller proletarischen Wehrorganisationen, des Schutzbundes, des Kampfbundes, und des Reichsbanners!

Hitlers „russische Stoßbrigade“

Rosenberg als Vorkämpfer der baltischen Barone Gorgulow durch Rosenbergs Vermittlung in Berlin

Von informierter Seite gehen uns die nachstehenden Informationen zu, die einen tieferen Einblick in die Hitler-Bewegung und die besondere Rolle geben, die der Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“ dort spielt, insbesondere aber manchen sie einwandfrei klar, daß der Faschismus nicht die letzte Kraft ist, die die Kapitalistenklasse im Kampf gegen Sowjetrußland einsetzen zu können hofft. Die Mitteilungen stammen aus nationalsozialistischen Kreisen.

*

Man weiß allgemein in der Partei, daß Rosenberg während des Krieges als Unteroffizier im russischen Heere kämpfte und später als Journalist und

politischer Agent für die Militärkommission der Entente tätig war.

Aus dieser Zeit stammt auch seine enge Verbindung mit bestimmten französischen Kreisen, die in der Parteipolitik immer wieder sichtbar werden. So ist z. B. Rosenberg ein guter alter Bekannter des französischen Botschafters Poncet. Er kennt diesen Herrn aus seiner Pariser Zeit, wo er in dem „Institut pour la collaboration intellectuelle franco-russe“ tätig war. Heute will Herr Rosenberg von diesen Dingen offiziell nichts mehr wissen. Aber seine früheren russischen und franzö-

sischen Freunde lassen nicht locker. So hat z. B. Herr Rosenberg den Kreis der russischen Monarchisten, die sich in Koburg um den Großfürsten Kyrill scharen, in Verbindung mit Hitler gebracht. Er hat sich im „Völkischen Beobachter“ auf das lebhafteste für die Millionenentschädigung an die baltischen Barone eingesetzt, die aus Reichsmitteln über 13 Millionen für ihre enteigneten Ländereien in Estland und Lettland erhielten.

In letzter Zeit ist nun ein neuer Skandal um Herrn Rosenberg entstanden.

Der Attentäter Gorguloff und sein Anhang unterhielten nahe Beziehungen zu bestimmten Kreisen der Partei. Gorguloff war 1929 längere Zeit in Berlin. Er erhielt damals durch Vermittlung Rosenbergs und seiner Freunde die Aufenthaltserlaubnis und durfte sogar in dem Heim der internationalen Studentenschaft längere Zeit wohnen.

Seine Attentatspläne wurden schon damals der Femegruppe der Partei bekannt. Allerdings schreckte man vor diesem äußersten Mittel zurück. Aber noch heute besteht in Berlin eine besondere „russische Stoßbrigade, die unmittelbar dem Osaf-Ost unterstellt ist und sich der besonderen Wertschätzung des Braunen Hauses erfreut.

Zerschlagung des Tarif- und Streikrechtes

Das neue von Stegerwald angekündigte Regierungsprogramm

Arbeitsminister Stegerwald, der „alte Gewerkschafter“, hat sich in seiner Minister-tätigkeit als der rücksichtsloseste Volltrecker der Kapitalsdiktatur gezeigt. Er hat am Freitagabend in einer Rede bei der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft folgende sozialpolitische Maßnahmen der Regierung angekündigt:

„Wir müssen wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Die Tarifverträge müssen zu Gewerbesetzen ausgestaltet werden. Darüber muß natürlich der Reichswirtschaftsrat oder ein freiwilliger Generaltab stehen, der den Ausgleich zu schaffen hat, damit nicht einzelne Gewerbe und Industrien sich auf Kosten der Gesamtwirtschaft Privilegien schaffen. Politische Selbstverwaltung ist nicht möglich ohne straffe Staatsaufsicht. Dasselbe gilt naturgemäß auch für die Wirtschaft.“

Abbau der Invalident- und Altersrenten um 25 bis 30 Prozent gegenüber dem Stand von 1929.

„Die Arbeitslosenversicherung ist demnächst (!) nur noch 50 bis 60 Prozent von dem, was sie 1927 war.“

„Bei der Lohnfrage soll der Zwangschiedsspruch künftig mehr in den Hintergrund treten.“ (An seine Stelle kommt die Arbeitsgemeinschaft. Red. „SAZ“.)

Von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit (40-Stunden-Woche) wird „abgesehen“, bis die Lausanner Konferenz vorbei ist, später soll in „einigen Industrien der Anfang gemacht werden“.

Weitgehende Einführung des Krümper-systems.

Obwohl diese Ankündigungen in unverbind-

licher Form, als Privatmeinung Stegerwald, vorgetragen wurden, ist klar, daß sie das zukünftige Regierungsprogramm darstellen. Die größte Bedeutung haben die Sätze über die Umänderung des Tarifvertrags in eine Tarifgemeinschaft unter Staatsaufsicht. Das bedeutet nichts anderes als

vollkommene Aufhebung des Tarifrechtes und gleichzeitig Streikverbot mit Zerschlagung der Gewerkschaften.

Die harmlos klingende Tarif-„Gemeinschaft“ ist nichts anderes als die Verwirklichung der faschistischen Korporationen.

Es ist jenes von Mussolini geschaffene und vom Papst gerühmte System, bei dem die Arbeiter gezwungen werden zu gemeinsamer Organisation mit den Unternehmern. Streik ist da verboten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden von den Spitzen dieser Korporation, die nichts anderes als faschistisch-diktatorische Staatsorgane sind, „geregelt“.

Stegerwald wünscht zwar, daß diese Tarifgemeinschaften „freiwillig“ von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und nicht durch Zwang geschaffen werden. Für die Arbeitermassen ist das aber gleichgültig. Sie sollen auf jeden Fall bei ihren ureigensten Angelegenheiten nichts mehr mitzubestimmen haben. Sie sollen an Händen und Füßen gefesselt der Diktatur ausgeliefert werden.

Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts“ gestern in seiner Morgen- und in seiner Abendausgabe die Ankündigungen Stegerwalds verschweigt.

Für die Arbeiterklasse ist das ein Signal für die allerschlimmste Gefahr. Sie muß bei Strafe ihrer völligen Versklawung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf aufnehmen.

Der berühmte Dokumentenfälscher Orloff und sein Freund Humanski, die wegen ihrer Fälschungen mit Gefängnis bestraft und aus Preußen ausgewiesen wurden, erhielten durch die Vermittlung von Rosenberg eine Aufenthaltserlaubnis für Sachsen, wobei der bekannte Abgeordnete und Textilindustrielle Mutschmann den Vermittler spielte. Ebenso durfte im vorigen Jahre der übelbelemundete frühere Bolschewist Besedowski in der „außenpolitischen Aufklärungsgruppe“ der Partei offizielle Vorträge halten. Und der ebenso berühmte frühere Tschekist Agabekoff, der früher in Konstantinopel tätig war, wo er viele Morde und Unterschlagungen beging, bis er vor der Tscheka flüchten mußte und in die Dienste der französischen Geheimpolizei trat, ist ebenfalls ein guter Bekannter von Rosenberg, der ihn mit allen Mitteln protegirt. Er weiß warum!

Die kürzliche Meldung verschiedener Blätter, so z. B. der „Welt am Montag“ über die Entsendung eines Nazi-Hilfskorps nach dem Fernen Osten durch Vermittlung der japanischen Botschaft sind durchaus zutreffend. Man weiß in den Berliner Parteikreisen sehr gut Bescheid über die geheimen Verhandlungen in dieser Beziehung.

Dazu gehört es auch, daß die russischen Emigranten als Stoßtrupp für einen zu-

künftigen Krieg mit Rußland bereitgestellt werden.

Es ist ja schon seit langem die fixe Idee Hitlers, als „Retter vor dem Bolschewismus“ in einem Interventionskriege seine SA möglichst hoch an die Kriegsführenden zu verkaufen. Herr Rosenberg ist bei diesen Plänen der Hauptmacher.

Bürgermeister Kohl in Schutzhaft

Der im Sklarek-Prozeß beteiligte Bürgermeister Kohl hatte kürzlich mit Veronal einen Selbstmordversuch gemacht. Der Fall Kohl, der danach vom Hauptprozeß abgetrennt werden sollte, wird jetzt wahrscheinlich, nachdem Kohl teilweise wiederhergestellt ist, mit dem Hauptprozeß verbunden. — Das Gericht hat beschlossen, Bürgermeister Kohl in Schutzhaft zu nehmen, um zu verhüten, daß Bürgermeister Kohl seine Verhandlungsfähigkeit wiederum absichtlich zerstört. Bürgermeister Kohl wurde in das Lazarett des Moabiters Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Stegerwald-Faschismus

Die neueste Rede Stegerwalds kann in ihrer Bedeutung als schlimmste Gefährdung für die Arbeiterklasse gar nicht überschätzt werden. So sehr sich Stegerwald nach seiner üblichen Methode auch bemüht, seinen Ankündigungen einen neutralen, ja arbeiterfreundlichen Charakter zu geben, so hat er doch keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich hier um eine entscheidende Wendung von weittragender Bedeutung für die nächste Zukunft handelt. Er drückte das in den Worten aus: „Das Jahr 1932 ist ein Entscheidungsjahr allerersten Ranges.“

In der Tat. Wenn die von Stegerwald vorgezeichneten Pläne verwirklicht werden, wenn es der Arbeiterklasse nicht gelingt, die Durchführung dieses Programms zu verhindern, dann ist es für eine ganze Zeit um die Arbeiterbewegung und auch um die Sozialversicherung geschehen.

Was Stegerwald und mit ihm die Regierung auf sozial-, tarif- und lohnpolitischem Gebiet durchführen wollen, ist nichts anderes als der reine Faschismus ohne oder mit Hitler. Wenn sich Stegerwald dagegen verwahrt, daß durch seine Pläne die Sozialversicherung zerschlagen werde, so ist das lediglich eine Beruhigungsfloskel. Seine früheren Ankündigungen, daß die Reichszuschüsse zu den Sozialversicherungen eingestellt werden, und daß die Versicherten auf sich allein gestellt werden müßten, bedeutet praktisch die Zerschlagung der noch gebliebenen Reste der Sozialversicherung.

Mit seiner angekündigten „Tarifgemeinschaft“ will Stegerwald jetzt seine schon vor Jahresfrist in einer Essener Rede angedeuteten Pläne in die Tat umsetzen. Stegerwald hat schon vor etwas mehr als einem Jahr versprochen, die Führer der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden zwecks Abschluß einer friedlichen Tarifgemeinschaft zusammenzubringen. Was er seinerzeit nicht zustande brachte, weil damals selbst die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht einer faktischen Zerschlagung des Tarifs und der Gewerkschaften zustimmen wollten, will er jetzt im Moment der höchsten Krise durchsetzen.

Die Spekulation Stegerwalds geht offensichtlich dahin: Heute sind vielleicht die ADGB-Führer müde genug geworden, um auch das Letzte und Schlimmste zu schlucken. Oder aber, wenn sie sich weigern, dann wird es in Verbindung der christlichen Gewerkschaften mit der Hitlerpartei gemacht. Diese Fragen spielen bestimmt bei den Verhandlungen über die kommende Regierungsbildung eine entscheidende Rolle.

Die Triebfeder dieser Pläne ist die unausweichlich zu einer Entscheidung drängende Situation. Stegerwald selbst hat die verschiedenen Möglichkeiten in seiner Rede genannt: Zurück zum Individualismus, oder zum Sozialismus, oder als Drittes seinen Plan, zum Faschismus.

Die Situation ist katastrophal. Die Regierung hat auf der einen Seite Milliarden an Subventionen dem bankrotten Kapital geopfert, hat Besitzsteuern herabgesetzt, viele hunderte von Millionen Mark Besitzsteuern gestundet, d. h. gestrichen. Auf der anderen Seite hat sie der Arbeiterklasse an Sozial- und Lohnabbau ungezählte Milliarden geraubt. Alles hat nichts genützt. Der Bankrott der Wirtschaft geht weiter, die Produktion sinkt in einem immer rasenderen Tempo, das Arbeitslosenheer steigt, die Sozialversicherungen können nicht mehr weiter zahlen. Die Gemeinden sind durchweg bankrott und stehen vor der Einstellung der Wohlfahrtsunterstützungen.

Sturm droht in allen Teilen des Reiches. Jeder Tag bringt neue Verschärfung der Hungerdemonstrationen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die Arbeiter in den Betrieben von der Not und dem Hunger getrieben, wenn nicht zu Streiks, so doch zu Verzweiflungsaktionen schreiten.

In dieser Situation ist jede Form proletarischer Massenorganisationen, auch ein Mindestmaß von Streikrecht, für den Kapitalismus lebensgefährlich. Deshalb: der Streik und auch der Kampf um einen Tarif muß verschwinden. Verschwinden muß jeder „rechtliche“, tarifliche Anspruch auf einen bestimmten Lohn. Das muß jeweils nur von oben, von staatlichen Exekutivorganen allein und endgültig bestimmt werden können. Die erprobten Formen und Methoden hat der italienische Faschismus in Gestalt der Korporationen schon geschaffen. Stegerwald übernimmt sie und nennt sie „Tarifgemeinschaft“. Das klingt besser.

Was werden die Gewerkschaftsführer machen? Bei den christlichen gibt's keinen Zweifel. Sie haben schon im November-Dezember 1931 in einer großen Diskussion mit den Nazis und auch offiziell in ihrem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ für die Korporationen ausgesprochen, wobei sie ausdrücklich auf die Zustimmung des Papstes hingewiesen haben. Angesichts dieser Situation ist die Gefahr sehr groß, daß der ADGB „um die Gewerkschaften zu erhalten“, dem Drucke nachgeben und in die Front einschwenken wird.

Achtung!

Deutsche und polnische Kriegshetzer am Werk

Pulverfässer Danzig und Ostpreußen — Deutsche Festungsarbeiten — Sozialdemokratische Beschönigungen

Treibereien um Danzig

Zwischen Polen und Danzig bestehen äußerst gespannte Beziehungen. In Polen wird ein Boykott Danzigs propagiert. Die polnischen Nationalisten sind in fieberhafter Tätigkeit.

Umgekehrt sind in Danzig die Nazis am Werk. Ihre Parole ist: Kauft nichts bei Juden und Polen. Es wird sogar von Zusammenziehungen von SA-Leuten in Danzig berichtet.

Vorläufig spiegeln sich diese Treibereien nur in einem Notenkrieg, der jederzeit zu größeren Verwicklungen führen kann.

Deutscher Nationalismus — Sozialdemokrat in nationaler Front

In Elbing tagte der berüchtigte Verein für das Deutschtum im Ausland. Der Freigewerkschaftler Nowack, ein Spitzenfunktionär des ADGB, hielt dabei eine viel beachtete Rede, in der er sich zur „Deutschtum der Tat“ bekannte. Stets habe der deutsche Arbeiter in erster Front gegen fremde Unterdrücker gestanden. Die deutschen Arbeiter müßten die nationalen Erfordernisse besser verstehen lernen. Die organisierte Arbeiterschaft würde wie im Ruhrkampf und in der Zeit der Polenaufstände in Oberschlesien alle polnischen Angriffe zurückweisen.

Auf die nationalistische Hetztagung folgt prompt eine polnische Beschwerde.

Ausgerechnet jetzt: Festungsbauten.

Der polnische Generalkonsul G r o k o w s k i rasselte vor Warschauer Studenten mit dem Säbel. Die masurische Bevölkerung Ostpreußens müsse für Polen zurückgewonnen werden.

Das Königsberger Wehrkommando teilt mit, die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Versailler Diktat Erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten „Heilsberger Dreieck“ benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an provinzielle Baufirmen vergeben werden.

Daneben dürfte auch der Freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Abgesehen von dem Zweck der Geländeverstärkungen seien diese Arbeiten auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu begrüßen.

Das Wehrkommando fügt jedoch hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verschärfung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien oder hindeuten und daß die vorwärts der Heilsberger Stellung wohnenden Teile der Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätten, daß sie militärisch aufgegeben seien. An dem Grundsatz der Behauptung der ganzen Provinz habe sich nichts geändert.

Die ostpreußische Bevölkerung ist in wahnsinniger Aufregung. Jedermann erwartet einen polnischen Handstreich. Die Reichswehr — statt dem Unfug entgegenzuwirken — verstärkt noch die gefährliche Psychose durch Festungsbauten und Beorderung des Kreuzers „Schlesien“ nach Danzig. Die Kriegshetzer im Stahlhelm und bei den Nazis tun, was sie können, um eine seit Jahren nicht mehr dagewesene Siedehitze zu entfachen.

Französische Kriegshetzer begeistert

Die französische Reaktionspresse greift den dankbaren Stoff auf. Für sie sind die Dummheiten der bürgerlichen Parteien im Aus-

Das bedeutet selbstverständlich die Vernichtung der Gewerkschaften. Es bliebe vielleicht noch ihr Name und an ihrer Spitze — wie in Italien — eine Reihe von freigewerkschaftlichen „Sozialisten“ in Korporationsleiter und Faschisten umgewandelte Führer.

Diese Perspektive steht vor der Arbeiterklasse. Höchster Alarm muß in allen Gewerkschaften und Massenorganisationen geschlagen werden. Nur wenn es gelingt, in letzter Stunde den verderblichen Kurs in den Gewerkschaften durch einmütigen Massenruck zu ändern, wenn es gelingt, die einheitliche Klassenfront des Proletariats zum politischen Massenkampf zustande zu bringen, kann die Gefahr gebannt und der von Stegerwald abgeleitete Ausweg zum Sozialismus erzwungen werden.

wärtigen Ausschuß, wo eine scharfe Politik gegen Polen verlangt wurde, gar nicht zu reden von den ausgerechnet jetzt als notwendig erachteten Maßnahmen der Reichswehr ein gefundenes Fressen. Der „Matin“, dem französischen Außenministerium nahestand, weiß sogar schon von genau festgelegten Plänen der Reichswehr, die Polen von Rußland ablenken will, um später mit einem befreundeten Japan siegreichen Rußland Revanche zu üben.

Aus dem deutsch-polnischen Grenzflor ist also schon ein weltpolitischer Elefant geworden.

Der „Vorwärts“ findet Entschuldigungen

Der „Vorwärts“ erfindet dem Reichswehrministerium sogar noch eine Begründung für seine Maßnahme. „Anscheinend wollte die Reichsregierung damit nur dem blöden Geschwätz der nationalsozialistischen Kriegsdienstverweigerer entgegenreten, daß man nichts für die Erhaltung Ostpreußens tue.“ Der „Vorwärts“ antwortet mit solchen Be-

mühungen nur seine eigene Feststellung, daß in Deutschland „gegen Polen in einer Weise aufgehetzt wird wie noch nie seit Kriegsende“.

Ob die Festungswerke im Heilsberger Dreieck erlaubt sind oder nicht, ob ihre Kosten etatsmäßig sind oder nicht, ob Versailles schuld ist oder nicht: alle diese Beschuldigungen des „Vorwärts“ sind in diesem Augenblick nur

Brücken zum neuen 4. August.

Bissig, aber noch an der Kette

Amlich wird verlautbart, „daß die Voraussetzung für tatkräftige deutsche Gegenmaßnahmen ja schließlich nur ein polnischer Angriff auf Danzig und Ostpreußen sein werde. Solange die Polen diese Voraussetzungen nicht schaffen, besteht kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung.“

Das polnische Regierungsblatt „Gazeta Polska“ erklärt, jeder, der irgendwie von der Grenzrevision spreche, gleiche einem Menschen, der mit einer brennenden Fackel um ein Pulverfaß herumlaufe.

Die deutsch-polnische Grenze ist ein Gefahrenherd ersten Grades. Die Arbeiterschaft muß jetzt die Augen aufhalten. Ist das Pulverfaß explodiert, werden auf beiden Seiten der Grenze die Gründe gefunden werden, warum es so kommen mußte, warum man selbst sich nur verteidige, und warum der Krieg gerecht sei.

Aber die Arbeiter werden wieder in Schützengräben modern und ihre Familien hungern.

Arbeiter! Die Bourgeoisie will das Kriegsventil als Ausweg aus der Krise öffnen! Wehrt euch!

Abbau der Arbeitslosenversicherung durch Diktat

Das neue Kabinett Dollfuß stellt sich vor

Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß kündete in seiner an sich ziemlich nichtsagenden Regierungserklärung an, er werde bemüht sein, auch die großdeutsche Volkspartei für den Eintritt in die Regierung zu gewinnen, so daß eine Regierung aller bürgerlichen Parteien gesichert würde. Zur Handelspolitik erneuerte der Bundeskanzler den schon von seinem Vorgänger an den Völkerbund gerichteten Plan, in nächster Zeit mit konkreten handelspolitischen Vorschlägen an die anderen Regierungen heranzutreten. Es handelt sich hier offenbar um eine Anknüpfung an das in Deutschland von der reaktionären Regierung unter Führung Schieles eingeführte Präferenzsystem. Das inerpolitische Programm umfaßt lediglich das Versprechen einer festen Währungspolitik, des Ausgleichs der Handelsbilanz, Bereinigung der Kreditanstandsfrage und schließlich „vereinfachter Staatshaushalt“.

Wie sich der Bundeskanzler die Durchführung der letzteren Forderung vorstellt, geht hervor aus den erheblich wichtigeren Maßnahmen, die in den letzten Tagen außerhalb des Parlaments durchgeführt worden sind. Dr. Resch, der Minister für soziale Verwaltung, hat in der Bundesgenossenschaft mit seinen faschistischen Ministerkollegen Jakoncig

durch diktatorische Verfügung einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung angeordnet, dessen Durchführung vom Parlament bisher strikt abgelehnt worden

ist. Er hat der industriellen Bezirkskommission die Weisung gegeben, alle Saisonarbeiter aus der Notstandshilfe II auszuschließen. Weiter hat er dekretiert, daß die Bedürftigkeitsprüfung schlechthin wegzufallen hat, wenn in der Familie des Arbeitslosen noch irgend jemand 25 Schilling, das sind 15 Mark, in der Woche verdient! Der Abbau der Sozialversicherung unter Umgehung des Parlaments nach deutschem Muster hat somit in Oesterreich Schule gemacht.

Gleichzeitig wittert die faschistische Heimwehr Morgenluft.

Der berüchtigte Putschmajor Pabst, der ehemalige Heimwehrstabschef, der von der Regierung Schober aus Oesterreich ausgewiesen worden war, ist wieder aufgetaucht.

Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, hat Pabst Mittwochnachmittag gemeinsam mit Starhemberg an einer Bundesführungsitzung der Heimwehr in Wien teilgenommen. In dieser Sitzung wurde erklärt, daß das Hauptgewicht der Heimwehr wieder in die militärische Führung verlegt werden müsse.

Pabst hat auch nicht veräuert, dem Pressebüro der italienischen Gesandtschaft seinen Antrittsbesuch zu machen. Es besteht kein Zweifel, daß zwischen Heimwehr und den italienischen Faschisten sowie den ungarischen Monarchisten neuerdings die alte Verbindung aufgenommen worden ist. Einer der faschistischen Sturmtruppführer, Sforca, hatte eine Besprechung mit Starhemberg, während ein anderer mit einem parlamentarischen Führer des Heimatblocks gesehen worden ist.

Ganz wie bei uns: Während die Herren Rintelen und Jakoncig in der Regierung sitzen, sind die faschistischen Heimwehler die eigentlichen Machthaber.

Ein Nazi-Hauptmann

verantwortlich für die Schießerei in Waltershausen

Die Verhandlungen über die Vorfälle in Waltershausen, wo bekanntlich die gegen die Kürzung ihrer Unterstützungen demonstrierenden Erwerbslosen von der Polizei beschossen wurden, haben ein interessantes Ergebnis gehabt. Es hat sich herausgestellt, daß

der für die Schießerei verantwortliche Polizeiführer der Polizeihauptmann Maltschape ist, der eingetragenes Mitglied der NSDAP ist.

Wie sinnlos geschossen wurde, beweist die Erschießung des Arbeiters Kaufmann, der auf einer menschenleeren Straße auf ungefähr 50 m Entfernung getötet wurde.

Ein Nationalsozialist läßt also auf Arbeiter schießen, die dagegen demonstrieren, daß einem Fürsorgeempfänger mit 2 Kindern unter 14 Jahren mit 44 Mark monatlicher Unterstützung noch 10 Proz. abgesogen werden. Das Zusammenwachen der Nase mit dem Staat zeitigt die üblichen Folgen.

Wer klopft dort an die Tür?

Die Werbedame und — später der Gerichtsvollzieher . . .

Geht man durch das Amtsgericht Berlin-Mitte und sieht in die einzelnen Verhandlungszimmer, wird man in neunundneunzig von hundert Fällen sehen, daß die Klagen, die dort verhandelt werden, aus Abzahlungsverpflichtungen herrühren.

Abzahlen — oder wie der Berliner sagt: stottern — ist eine beliebte Einrichtung, und überschreitet man bei seinem Einkauf nicht die Grenzen, die einem vom Einkommen gezogen werden, so ist es gar nicht mal zu verurteilen.

Aber es gibt da Werbedamen und Firmenvertreter, die die Menschen in ihren Wohnungen aufsuchen und ihnen unter Anwendung aller möglichen, unmöglichen und oft auch schmutzigen Tricks Dinge aufzuhängen versuchen, die man meist nicht benötigt, die aber durch ihre Kosten die Verhältnisse der Käufer bei weitem überschreitet. Enderfolg ist dann fast immer: Klagen und Prozesse, die den armen Käufer, der sich breitschlagen ließ, noch mehr schädigen. Der Schluß eines solchen Kaufes spielt sich fast immer auf dem Amtsgericht ab.

Wenn eine Wohnungstür 26mal am Tage geöffnet wird, kann man sicher sein, daß 20mal Vertreter oder sogenannte Werbedamen draußen stehen, und es gibt wohl keinen Artikel, der einem von ihnen nicht auf Abzahlung angepöpselt wird. So eine Werbedame erzählt etwa: „Wir sind heute gerade im Hause, da wir eine Reklameweche haben, und auch Sie müssen sich unser neuestes Modell ansehen. Es kostet nichts, und Sie brauchen keine Angst zu haben, Kaufzwang gibt es nicht.“ Dann hört man einen kuriosen Vortrag über Hygiene und Wohnungskultur, den die Vortragende meist selbst nicht versteht, und man kann sie einfach nicht mehr loswerden, zum mindesten so lange nicht, bis man, um Frieden zu bekommen, sagt: „Na, schön, wenn Sie vorbeikommen, zeigen Sie mir das Ding.“ Und das war der Werbedame das Wichtigste. Denn jetzt hat sie das erreicht, was ihr von ihrer Firma stündlich gepredigt wird: Einlaß für die Vertreter zu besorgen. Die Mittel, die dafür angewandt werden, sind egal. Kommt der Vertreter erst mal rein, wird er auch verkaufen. Und so ein armes Luder redet natürlich für seine zwei Mark Tagelohn wie eine Wilde. Denn bringt sie nicht fünf solcher Adressen, fliegt sie. Zwei Mark sind auch Geld, und der Hunger tut weh.

Nachmittags kommt dann der Vertreter, führt den Apparat vor, redet und redet und ist nicht mehr loszuwerden, erzählt Langes und Breites, wie ungesund der Staub ist, und will als Effekt nur eins erreichen: die Unterschrift unter einen Kaufvertrag, der meistens so abgefaßt ist, daß ein einfacher Sterblicher ihn nie verstehen kann. Er bekommt es sogar fertig, einem zu sagen: „Na, wir können ja den Kaufvertrag so ausstellen, daß Sie, wenn Sie am Lieferungstag nicht abnehmen wollen, es nicht brauchen. Und mit der Bezahlung ist es auch nicht schlimm. Wenn Sie mal nicht so können, sagt meine Firma auch nichts.“ Er verschweigt aber, daß im Kaufvertrag ein Passus klein gedruckt steht: „Sonderabmachungen mit dem Vertreter sind ungültig“, und die liebe Firma klagt unbarmherzig, wenn mal eine Rate nicht ganz genau eintrifft.

Dem Vertreter ist es auch egal, ob er einen Gegenstand für 200 Mark an eine Frau verkauft, die vielleicht nur eine Wohnküche hat und von Unterstützungen lebt. Er hat wie alle anderen Hunger, will leben und legt alle Empfindungen beiseite. Es soll vorgekommen sein, daß man es fertig brachte, einem Arbeitslosen, der in der Weberstraße eine Dachstube bewohnte und dessen Frau im Wochenbett lag, so lange zu bearbeiten und ihn mit Argumenten, er müsse seine Frau vor Staub schützen, zu traktieren, bis er unterschrieb. Der Rest war bitteres Schweigen; denn der Mann konnte dann den Apparat nicht bezahlen und wurde von der sooo kulanten Firma verklagt und vom Gericht verurteilt. Der Herr Richter sagte: „Ja, dann hätten Sie nicht kaufen sollen!“

Es ist in der Chausseestraße vorgekommen, daß man einem halb irren und blinden Mann, der nicht wußte, was er tat, und der allein zu Hause war, einen Apparat verkaufte. Als die Frau am nächsten Tage händeringend bei der Firma erschien, wurde sie mit leeren Redensarten abgespeist, und einige Tage später hatte sie eine Klage am Hals.

Sehr oft werden auch sogenannte Gesundheitsapparate angeboten, bei deren Verkauf mit einem ganz üblen Trick gearbeitet wird. Der Vertreter sieht die Leute scharf an und

erklärt dann auf einmal: „Ja, Sie sind ja krank!“, redet ihnen irgendwas ein und behauptet, nur sein Apparat könne Heilung bringen. Es ist das eine sogenannte „Gesundheitstour“.

Und in Adlershof ist es sogar passiert, daß man eine Frau dadurch zur Unterschrift bewog, daß man ihr erklärte, was sie unterschreiben solle, wäre gar kein Kaufvertrag, sondern nur eine Bescheinigung, daß sie den Apparat gesehen habe. Hier war die Firma nach mehreren Versuchen, die Abnahme zu bewerkstelligen, doch so vorsichtig, weiter nichts zu unternehmen. Es war ihr selber scheinbar zu brenzlich.

„Georges Philipp“ - Katastrophe forderte 52 Todesopfer

Paris, 28. Mai 1932

Wie nunmehr feststeht, beläuft sich die Zahl der bei der Brandkatastrophe des Dampfers „Georges Philipp“ umgekommenen Fahrgäste auf 52. Dazu kommt ein Ehepaar, das nach der Rettung bis Brindisi gereist war und von dort mit einem französischen Verkehrsflugzeug zur Weiterreise aufstieg. Ueber das Schicksal dieses Flugzeuges, das überfällig ist, fehlen alle Nachrichten.

Das Gerücht von einer an Bord der „Georges Philipp“ gefundenen Höllenmaschine wird von den zuständigen Stellen nicht bestätigt. Die Schiffahrtsgesellschaft hält es für ausgeschlossen, daß ihr die ägyptische Polizei von Port Said einen derartigen Fund verheimlicht haben sollte.

Flugzeugzusammenstoß bei französischem Luftmanöver

Paris, 28. Mai 1932

Am Freitag haben in der Gegend von Dijon französische Luftmanöver stattgefunden, bei dem der Angriff eines Jagdflugzeuges auf eine Beobachtungsmaschine vorgeführt werden sollte. Während das Jagdflugzeug von einem Unteroffizier geführt wurde, hatte der Kommandant des 6. Luftgeschwaders, Kapitän Lenert, in dem angegriffenen Apparat Platz genommen. Aus noch nicht geklärten Ursachen stießen die beiden Flugzeuge in

Besonders schlimm werden solche Käufe, wenn die Leute über E8 oder das Gasag-System gekauft haben. Denn dann wird ihnen im Fall eines Nicht-zahlen-könnens glatt Licht oder Gas abgesperrt; denn die Aemter nehmen keine Rücksicht und können es vielleicht auch nicht.

Angeboten wird jedenfalls alles, von der Bohnerspritze, über den Lichtanzünder bis zur Prachtausgabe von Hindenburgs Leben.

Aber die Ware ist immer zu teuer, entspricht nicht dem Wertpreis, den man bezahlen soll, und man bekommt sie in jedem Laden genau so gut, wenn nicht billiger und

besser. Die Kaufbedingungen sind auch fast immer so, daß es selbst einem wirtschaftlich Stärkeren passieren kann, daß er sie nicht einhalten kann.

Erwähnt sei noch, daß die Vertreter immer zu erfahren suchen, ob die Frau allein zu Hause ist. Denn sie sagen sich, oft mit Recht: die Frau ist leichter zu einem Kauf zu bewegen als der Mann. Und wenn der Mann nicht zu Hause ist, muß er dennoch für den Kauf haften.

Es sollte sich keiner leichtsinnig auf einen Kauf einlassen, dessen Folgen er vielleicht später zu büßen hat. Kopfschmerzen gibt es schon so genug! **Ewels.**

einer Höhe von etwa 1000 Metern zusammen, worauf das Aufklärungsflugzeug abstürzte. Der Kommandeur und sein Pilot wurden auf der Stelle getötet. Dem Führer der Jagdmaschine gelang es dagegen, trotz starker Beschädigung seines Apparates, notzulanden.

Schneefall in den Pyrenäen

Paris, 28. Mai 1932

Wie aus Montpellier gemeldet wird, ist auf den dortigen Höhen Schnee gefallen. Auch in den Pyrenäen ist ein Schneefall von 15 Zentimeter zu verzeichnen. In fast allen Teilen Frankreichs herrscht eine für diese Jahreszeit höchst ungewöhnliche Kälte.

Schweres Erdbeben auf Neu-Guinea?

London, 28. Mai 1932

In den Erdbebenwarten von Wellington (Neuseeland) und Sydney (Australien) wurden am Freitagmorgen außerordentlich starke Erdbeben registriert. Der Sydneyer Erdbebenwarte zufolge hat sich das Erdbeben in einer Entfernung von 2400 Kilometern von Sydney, vermutlich auf Neu-Guinea, ereignet. Die Wellingtoner Warte meldet leichtere Erschütterungen während der Dauer von über zwei Stunden, denen äußerst heftige Schwingungen folgten. Die Erdbebenwarte in Wellington vermutet das Erdbebenzentrum in der Nähe der Kermadec-Inseln im Stillen Ozean.

60 Häuser eingäschert

Bukarest, 28. Mai 1932

Die in Bessarabien liegende Gemeinde Leipzig, die zu den ältesten deutschen Sied-

lungen gehört, ist in der Nacht zum Sonntagabend von einem verheerenden Schadenfeuer heimgesucht worden. Über 60 Häuser verbrannten. Fast 200 Familien sind obdachlos. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen. Mehrere Soldaten wurden bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor.

Zyklonverheerungen in Indien

Bombay, 28. Mai 1932

In der indischen Provinz Madras sind durch einen Zyklon elf Personen getötet worden. Der Zyklon richtete großen Sachschaden an.

Opfer des Rekordwahnsinns

Adenau, 28. Mai 1932

Auf dem Nürburgring wurde am Freitagnachmittag bei einer Trainingsfahrt der Rennfahrer Joachim von Morgen mit seinem Bugatti-Wagen etwa 500 Meter hinter dem Mercedessturm bei der Quiddelbacher Höhe über die Kurve hinausgetragen. Der Wagen rutschte etwa 20 Meter über die Böschung hinab und überschlug sich dann in Längsrichtung. Die Maschine kam schließlich wieder auf ihre vier Räder zu stehen, jedoch wurde beim Uberschlagen die rechte Seite des Führersitzes völlig eingedrückt. von Morgen erlitt hierbei einen Schädelbruch, der sofort seinen Tod zur Folge hatte. Die Maschine ist unbeschädigt. Die Untersuchung ergab, daß Motor und Bremsen richtig gearbeitet haben.

Salonkrieg an der Nordsee

Täuschungsmanöver der Gasmasken- und Giftgasindustrie — Es gibt keinen Luftschutz — Wehrt euch gegen die Betrüger

Wilhelmshaven, Ende Mai 1932.

In der letzten Woche hat in dem deutschen Nordseeküstengebiet eine groß angelegte Luftschutzübung stattgefunden, die sich besonders dadurch auszeichnete, daß in weitem Maße Militär- und Zivilbehörden sowie staatliche und städtische Organisationen wie Polizei, Feuerwehr und Sanitätskolonnen zusammenarbeiteten. Aufgabe dieser Abwehrübung, in die die ganze Bevölkerung miteingezogen wurde, war es, einerseits die Zivilorganisationen und die Bevölkerung in die militärischen Abwehrorganisationen einzugliedern, andererseits die durch die Entwicklung der Kriegstechnik in den letzten Jahren etwas kopscheu gewordenen Masse über die Gefahren eines Luftangriffs hinwegzutäuschen.

In der Abwehrübung wurde vorgeführt, wie der Flugmelde- und Warndienst arbeitet, wie die Zivilbevölkerung benachrichtigt wird. Und es klappte alles „ausgezeichnet“. Man zeigte, wie bei der Explosion einer Senfgasgranate vorgegangen werden muß. Mit Leichtigkeit wurde zur Freude der sich eifrig beteiligenden Bevölkerung — sie hatten auf Wunsch der Marineleitung kriegsmäßig abgeblendet — ein fingierter Brand gelöscht. Verwundete wurden sachgemäß verbunden, angeblich vergaste Gebiete entgast.

Das sich in Wirklichkeit ein Luftangriff nicht in der vorgeführten einfachen Weise abspielen wird, das lehren alle Bücher, die in der letzten Zeit über die moderne Kriegsführung erschienen sind. Das es trotz

bester Organisation des Abwehrendienstes nicht gelingt, einen großzügig angelegten Luftangriff auf ein Stadtgebiet abzuwehren, zeigen mit aller Deutlichkeit die letzten Manöver in London, Lion und Mailand, die alle mit einem überlegenen Sieg des Angreifers endeten.

Und man kann doch annehmen, daß die militärische Leitung selbst nicht der Meinung ist, daß ein Gegner, der einmal die Abwehr durchbrochen hat, sich damit begnügen wird, hier eine Brandbombe, dort eine Brisanzgranate und ein paar Kilometer weiter eine Gasgranate krepieren zu lassen, damit nicht die Löschungsmannschaften durch Granattrichter in den Straßen aufgehalten werden, damit nicht die Löschungsmannschaften durch Granattrichter in den Straßen aufgehalten werden, damit nicht die Wasserleitungen durch Volltreffer zerstört werden.

Es ist doch bekannt, daß die modernen Flugzeuge bis zu 3 Tonnen Bomben mit sich führen können; daß durch die wegen ihres geringen Gewichtes in großer Menge verwendbaren Thermitbrandbomben mit Leichtigkeit eine Stadt an 100 Stellen zugleich in Brand gesetzt werden kann, was selbst in Friedenszeiten die Feuerwehr vor eine unlösbare Aufgabe stellen würde, erst recht aber bei einem Luftangriff, wo ein buntes Gemisch von Feuer und Gas und hochexplosiven Körpern vom Himmel regnen wird. Ist es doch gelungen, 10 bis 15 Zentner schwere Bomben zu konstruieren, die ganze

Straßenviertel in einen Trümmerhaufen verwandeln. Dagegen hilft kein noch so gut organisierter Gasschutz und Abwehrendienst der Bevölkerung.

Unter diesem Gesichtspunkt erweisen sich die Luftschutzübungen an der Nordseeküste als ein großer Schwindel, ein militärisches Reklamemanöver aufgezogen, um die Bevölkerung über die wirklichen Gefahren eines zukünftigen Krieges im Unklaren zu halten, aufgezogen für einen Interessentenhaufen von Gasmasken- und Chemikalienfabrikanten, die an dem in ganz Deutschland zu organisierenden Gasschutz profitieren wollen, aufgezogen für das Heer der beschäftigungslosen Offiziere, die in der Abwehrausbildung der Bevölkerung ein neues Betätigungsfeld winken sehen.

Eine bewußte Irreführung der Arbeiterschaft bedeutet die Schaffung der sogenannten Untertreteräume, in denen sie bei Gasangriffen Schutz suchen soll. Wie ein Kartenhaus werden sie zusammenfallen, wenn eine Bombe auch nur in der Nähe niedergeht. Mausefallen sind diese Sammelschutzräume und nichts anderes.

Die interessierten Kreise werden nach dem „guten“ Verlauf der letzten Übung versuchen, ganz Deutschland mit einer Luftabwehrorganisation zu überziehen. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, hier gegen rechtzeitig vorzugehen und mit ihren Organisationen diesen Volksbetrug, diese neue Militarisation zu bekämpfen. **Günter Thiede.**

Verwandertes Bürgertum

Hundert Jahre nach dem Hambacher Fest

Das deutsche, einstmalige liberale Bürgertum, im Begriff, Existenz, Tradition und Idee dem Faschismus als Morgengabe darzubringen, erinnert sich und die Welt in diesen Tagen noch einmal an seine bessere, seine revolutionäre Vergangenheit. Wenn es heute den Hundertjahrstag des Hambacher Festes feierlich begeht, so bedeutet das lediglich noch erstarrte historische Reminiszenz, nicht mehr lebendige Fortführung einer politischen Tradition.

Wo ist es hin, das Bürgertum, das vor 100 Jahren, verfolgt und gepöbeln von einigen dreißig in ihrer Existenz bedrohten Potentaten, die schwarz-rot-goldene Trikolore als Zeichen revolutionären Freiheitswillens im Kampf der Klasse gegen die Klasse hieß? Das gleiche Bürgertum, das vor 100 Jahren „die deutschen Männer und Jünglinge jedes Standes . . . die deutschen Frauen und Jungfrauen, deren politische Mißachtung in der europäischen Ordnung ein Flecken ist“, aufrief zum Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit, das Volksversammlungen als Agitationsmittel benutzte gegen reaktionäre Bundestagsbeschlüsse, präsentiert heute einen Reichspräsidenten, der die Begnadigung eines Opfers reaktionärer Pressebelagerung ablehnt, beherrscht heute Staatsanwalts- und Richterposten, die jeden auch im bürgerlichen Sinne freiheitlichen Gedanken hinter Gefängnismauern verbannen.

Vor hundert Jahren war die Forderung der Freiheit der Presse auf dem Frankfurter Bundestag mit der bayerischen Regierung in Konflikt geraten, die, als die Wogen der Pariser Julirevolution auch nach Deutschland herüberschlugen, angstvoll besorgt um die eigene Selbstherrlichkeit, die bisherige Politik der Reformen aufgab und zu schroffster Gewaltpolitik überging.

Die ersten Opfer, die fielen, war die „Tribüne“ des oppositionellen Münchener Publizisten August Wirth und der „Westbote“ Jakob Siebenpfeiffers, der sich gleichfalls durch Angriffe auf die Regierung unliebsam bemerkbar gemacht hatte.

Diese Unterdrückung der Pressefreiheit war nur der äußere Anlaß zu dem Hambacher Fest, das von dem Presse-Verein am 27. Mai 1832 zum „mannhaften Kampf für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“ einberufen wurde. Die Hintergründe dieses Festes, an dem 25—30 000 Menschen aus allen Landesteilen, vor allem die damals noch freiheitliche akademische Jugend, die Burschenschaftler teilnahmen, liegen tiefer. Im Zuge trugen die Dürkheimer Winzer eine schwarz-umflorte Fahne mit der Inschrift „Die Weinbauern müssen trauern“, und sangen das Lied:

„Ja wüßten wir, wer schuld am Zoll nur
[wäre,

Am Zoll auf unseren Wein;
Und wär' es auch ein Preuß', bei unserer

[Ehre,

Er müßte in den Rhein.“

Einer der Festredner, Dr. Pistor, klagte heftig an, „wie aus dem Schweiße der Armen die ungeheuren Kosten für italienische

Castraten und südliche Tänzerinnen bestritten werden müßten, wie die letzten Habe in Anspruch genommen würde, um durch südliche Dirnen die Hüder Italiens zu bereiten, weil die deutschen Quellen nicht mehr heiß genug seien, den entervten Körper der Wollüstlinge reinzuwaschen“.

Nach deutlicher sprach Wirth selbst es in seiner Festrede aus, daß das Land „reich an allen Hilfsquellen, für alle seine Kinder die Wohnung der Freude und der Zufriedenheit sein sollte, ausgenommen von 84 Königen für die Mehrzahl seiner Bewohner der Aufenthalt des Hungers, des Jammers und des Elends“ geworden ist.

Die wirtschaftliche Not des unterdrückten und durch die beginnende Industrialisierung mehr und mehr verfallenden Handwerker- und Bauerntums, gesteigert durch die Sinnlosigkeit der Hunderte von Zöllschranken, war, wenn auch von den Trägern der revolutionären Bewegung selbst noch unerkannt, die eigentliche Wurzel der Unzufriedenheit. Dunkel nur ahnte man den Weg, der allein das Unheil bannen konnte, dunkel nur sah man „den Augenblick, wo die öffentlichen Angelegenheiten nicht mehr nach dem despotischen Willen eines einzigen, nicht mehr nach den Interessen einer über ganz Europa verzweigten Aristokratenfamilie, sondern nach dem Willen der Gesellschaft selbst und nach den Bedürfnissen des Volkes geleitet werden.“

Die Nachfahren derer, die vor 100 Jahren zu erkennen begannen, wo die Ursache der Massennot inmitten eines reichen und blühenden Landes lag — sie sind heute die Herren von Trusts, Kartellen und Bergwerken in damals ungeahnten Dimensionen, sie leiten heute nach dem „despotischen Willen“ einzelner den Produktions- und Gesellschaftsprozess und haben sich zur Sicherung ihrer despotischen Herrschaft einem politischen Despotismus verbündet, gegen das die Fürstentherrschaft vor hundert Jahren ein Kinderspiel gewesen ist.

Nur wenige sahen damals klarer und weiter. Einer von ihnen, der teilnahm am Hambacher Fest, der Freischärleroberst von 1849, Johann Philipp Becker, schrieb später, bitter enttäuscht über das Fest:

„Und ob der Himmel wetterschwül
In Flammenzeichen krachte,
Verließ im großen Festgewühl
Der Freiheitsmai ganz sachte.“

Aus seiner Enttäuschung fand er den richtigen, den einzigen Weg. Als Freund Lassalles wurde er einer der mutigsten Kämpfer der jungen deutschen Arbeiterbewegung.

Zahn waren die Forderungen, unklar die Zielsetzungen von Hambach. In einem dreifachen Hoch auf die vereinigten deutschen Freistaaten, in einem dreifachen Fluch auf die reaktionären deutschen Fürsten klang das Fest aus. Und als Fürst Wrede mit 8000 bayerischen Krieger zur Niederschlagung dieses „Aufstandes“ herbeieilte, war — so berichtet der Chronist — „schon alles ruhig nach Hause gegangen“.

Dennoch: auf Metternichs Weisung setzte

eine wüste Demagogenhetze ein, die die Redner von Hambach mit Festungshaft, Kerker, ja sogar Todesstrafe verfolgte.

Hundert Jahre später. Wo sind die Forderungen, wo ist der — gewiß noch verschwommene — Geist von Hambach geblieben? Wo sind seine Erben? Die „Brüder jenseits des Rheins“ ließ man hochleben unter den Klängen der Marseillaise, auf das „konföderierte republikanische Europa“ wurde ein Hoch ausgebracht. Hundert Jahre mit blutigen Kriegen, grauhaftem Massenmorden und der Höchstentwicklung eines menschenmordenden Systems liegen dazwischen. Die „Brüder jenseits des Rheins“ sind der Erbfeind des gleichen Bürgertums geworden, das konföderierte republikanische Europa der Traumverweiser.

Die einst revolutionäre bürgerliche Klasse ist zugrunde gegangen, ihre Forderungen sind vergessen. Aus den hoffnungserweckenden Trägern der Zukunft sind die Bannerträger und Helfershelfer der finsternen Reaktion geworden. Der Geist von Hambach ist tot. Er wird nie wieder auferstehen. Die revolutionäre Klasse von heute hat andere Aufgaben, andere Ziele. Die deutsche Arbeiterklasse kann nicht die Erbin des revolutionären Bürgertums sein, weiter gesteckt sind ihre Ziele. Aber fernher denn je sind wir heute von der Erfüllung der von dem Bürgertum schändlich verratenen Mahnung, die vor 100 Jahren auf dem Hambacher Fest Georg Herwegh an das deutsche Volk richtete:

„O, wag es doch, nur einen Tag,
Nur einen, frei zu sein.“



„Faust“ im Deutschen Künstlertheater Im Rahmen der Berliner Kunstwochen.

Bisher hat man nicht viel von diesen Kunstwochen gehört, und was man davon hörte, war nicht gerade erfreulich. Man hat nicht die Möglichkeit ausgenutzt, das Kunstverständnis der Arbeiter zu heben, man nimmt hohe Eintrittspreise, so daß ein Proletarier allenfalls vier Stunden auf der Galerie herumstehen kann. Man bringt auch nicht Werke proletarischen Charakters, man zeigt keine Stücke von Toller und anderen Arbeiterdichtern. Nichtsdestoweniger: Goethes Faust, diese fundamentale Schöpfung von Ewigkeitsbestand, gehört in die Kunstwochen.

Alexander Moissi als Mephisto zu sehen, seine melodische Stimme zu hören, machte diesen Abend wertvoll, verlieh ihm Würde und Reiz. Großartig auch Berta Monnard als Marthe Schwerdtlein, Kupplerin vom Scheitel bis zur Sohle. Eine vorzügliche Leistung ist der Schüler von Walter Hertner, Edith Edwards als Gretchen ist guter Durchschnitt, Klöpfer in der Titelrolle ist nach der Pause besser. Alles

übrige liegt weit unter dem Durchschnitt, man sieht es in der Provinz besser. Die Dekorationen entsprachen in keiner Weise dem Maßstab, den man gerade an eine derartige Aufführung legen muß.

Endlich sollte sich Victor Barnowsky gezeigt sein lassen, daß er zwar großes Glück gehabt hatte, Alexander Moissi als Mephistopheles dem Publikum präsentieren zu können, daß man aber heute unmöglich eine ganze Vorstellung, und noch dazu eine solche, um einen einzigen Star gruppieren kann.

Dr. E. Rosenhahn.



Julius Schaxel: Das Weltbild der Gegenwart

Die allgemeine Verwirrung, die in den Wissenschaften seit der Krise des Bürgertums eingerissen ist, treibt die wunderlichsten Auswüchse hervor: Skeptizismus, Irrationalismus, Mystizismus, Okkultismus bis hin zum reinen, krausen Aberglauben und Wunderglauben. Diese wissenschaftliche Zersetzung ist das Gegenbild der politischen. Dem wissenschaftlichen Wunderglauben entspricht der politische Faschismus. Aber wie der Faschismus auf die Arbeiterschaft abfährt und ihre Bewegung zu verwirren droht, ebenso, ja in noch stärkerem Maße, wirkt die zerfallende und entartende Wissenschaft und Weltanschauung des Bürgertums in die Arbeiterschaft hinüber, die, zur Zeit nur ausnahmsweise zu selbständiger Forschungsarbeit befähigt, zum großen Teil auf die Resultate dieser Wissenschaft angewiesen und nur selten im Stande ist, ihre Methoden nachzuprüfen.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß der Jenner Prof. Schaxel in dem vorliegenden kleinen Buch einen knappen Ueberblick gibt über die Lage der Wissenschaft und ihre gesellschaftlichen Ursachen, den Entwicklungsgang des menschlichen Wissens nach den Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung zeichnet, um endlich ausführlicher Leistung und Aufgaben der einander ablösenden bürgerlichen und proletarischen Bewegungen auf diesem Gebiet und die Stellung der Wissenschaft in einer kommenden sozialistischen Gesellschaft zu umreißen.

Das Buch ist ungemein geeignet als erste Einführung in diese Probleme sowie als Grundlage für Schulungskurse und Arbeitsgemeinschaften. Die gut orientierende Literaturübersicht zum Schluß ermöglicht dann die selbständige Weiterarbeit. Es ist ihm allerweiteste Verbreitung zu wünschen.

Anna Siemsen.

Kleines Feuilleton

Drahtlose Verbindung zwischen Eisenbahn und Flugzeug

Zum ersten Male wurde auf der Eisenbahnstrecke London—Edinburgh eine drahtlose Verbindung zwischen einem Flugzeug und einem Expreszug ausprobiert. Die Telefonverbindung wurde bei einer Geschwindigkeit von 125 Stundenkilometer aufgenommen.

*) Urania - Freidenker - Verlag, Jena, 79 Seiten.



Copyright by AGIS VERLAG Berlin-Wien 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks der Uebersetzung und Radioverbreitung vorbehalten.

13. Fortsetzung

„Durch Deke gehen . . .“ hört Hans aus dem Nebel geflüstert . . . Mal kam auch ein Mann herein, trank sein Glas Bier und tat so unbeteiligt. Da ging schon vorher das leise Wort um: „Polente“. „Der Erna geht es besser“ und „wir wollen Sonntag mal mit der Barkasse nach Finkenwärder . . .“ und „da rügte ich ihm, zahlen Sie lieber mal mehr Lohn . . .“

Mit einem Schlag hatte der einsame Mann da vorn dann neuen Gesprächsstoff mit hereingebracht. Nichts klapperte mehr und niemand steckte die Köpfe zusammen. Es wurde auch nichts verscherft.

Das Spiel wurde oft gespielt.

Und es saßen hier vielleicht ein Dutzend hübscher Gannoven beisammen, die kannten das Spielchen schon lange . . . Und zwei entlaufene Fürsorgejungen waren hier, das heißt nur einer, der andere wurde gesucht zur ersten Unterbringung. Sehen Sie mal Ihr Fahndungsblatt nach, Herr Kriminalassistent. Liebe Zeit . . . wir suchen was anderes als entlaufene Fürsorgejungen. Haben Sie nicht von dem Raubmord in Altona gehört? Wir wissen, wer der Mann war. Den suchen wir . . . Keine Unruhe in die andere bringen. Nichts aufscheuchen, sonst fliegen sie alle durcheinander und man sieht gar nichts. Hier ist er nicht. Er kommt wohl heute auch nicht. Ver-

suchen wir's morgen mal . . . N'abend! . . .“

Hanns lernt viel an solchen Abenden. Man durfte nicht zucken und nicht immer da so hinstarren. Laß ihn doch sitzen. Wir spielen ein Spielchen. Hast du Karten? Klapp und klapp . . . Nicht wahr, dann lernt man sich fein zusammennehmen.

Alles ist Nebensache, mein Lieber. Junge . . . Junge . . . das ist ein Leben . . . Ein paar Wochen sind dann sehr schnell herumgegnagen. Morgens gleich fechten, damit man den Hunger vergißt. Mittags noch ein bißchen fechten und nachmittags nach dem Freihafen. Manchmal kann man da auch was erben. Mal ne Banane, Aepfel oder so . . . In der Markthalle gibt es auch zu tun. „Helfen Sie mal aufladen, junger Mann.“ Und dann hat man hübsche, klingende drei Mark oder vier in der Hand. Bald hat Hans sich eine bestimmte Kundschaft. Dann hat er morgens fünf Mark und mehr. Man muß früh da sein. Am besten gleich nach Mitternacht. Dann geht es schon bald los.

Wenn Hans dann satt und wieder in der Kneipe ist, Orje ist fechten, der Hamburger arbeitet noch oder wartet drüben auf seinen Abruf, dann träumt Hans auch mal so eine Weile. Er ist dann so verdammt müde, aber die dummen, dummen Gedanken gehen nicht weg. Da ist Berlin und da sind die großen hellen und dunklen Straßen. Da ist das Brandenburger Tor. Oben saust die Siegesgöttin, unten der Verkehr dahin. Hans horcht auf Berlin . . . Berlin . . . Aber er hört nichts. Nur Bilder tanzen vor ihm . . .

Abends sitzen sie in der Kneipe. Orje ist auffällig still. Mal seufzt er (man hört das sonst nicht bei ihm . . .) Es ist warm.

Eine Wärme, die vom Frühjahr kommt. Wo der Stadt zu Ende ist, müssen die Bäume grün sein. Hier in der Stadt gibt es ja auch Bäume, aber man sieht das nicht recht. Man sieht sie geigentlich nie im Gedanken an den Frühling. Das sind eben Bäume, wie es Telegraphenstangen und Straßenbahnmastn

gibt. Soll man vielleicht auf Bäume aufpassen? . . .

Der Frühling kommt nicht bis in die Kneipe. Man merkt ihn auch nicht beim Fechten. Da gibt es andere Sorgen. Auch in der Markthalle ist er nicht. Aber der Frühling hat Orje gepackt. Irgendwie und wo muß er ihn erwischen haben. Orje brütet und es ist nichts Rechtes mit ihm anzufangen. Er will nicht spielen, er hat auch keinen Hunger . . .

Bis er dann ohne Vorspiel loslegt, laut und notwendig: „Morjen jeh ick los . . . ick hab det satt hier, bis an'n Hals steht et mir! . . . Bis an'n Hals . . .“ wiederholt er innerlich ergriffen . . .

Es gibt keinen Widerspruch bei den andern. Er hat es eben satt. Dann ist eben Schluß. Da gibts einfach nichts gegen zu machen. Dann muß er laufen. Man spricht nur über das wie und wohin. Orje hat neun Mark gespartes Geld. Hans hat sieben Mark. Hans hat nichts mehr zu überlegen. Er geht mit, er muß einfach mitgehen. Er hat das Leben hier nicht satt. Es gibt ja einfach kein anderes Leben mehr für ihn. Aber er kann ja auch mit auf die Landstraße gehen. Die Straßen hier sind endlos.

Auch die Landstraße ist endlos. Niemals kommt man ans Ziel. Noch keiner ist je hingekommen, wo sie hinführt. Hans weiß das genau. Aber dann geht es doch wieder einmal geradeaus. Immer geradeaus. Nicht mehr nach links und rechts durch Gassen und Gässchen. Und in dunkle Kneipen . . .

Je mehr Han denkt und Orje überlegend plant, wird Hans das Neue zum frohen Entschluß. Soll er in der Kneipe verrecken? Mal wird er hier doch gefaßt werden, mal wird das alles hier hochgehen und dann . . .

*

Das Wandern ist des Müllers Lust . . .
„Das Wa—ändern . . .“

„Bin ein fahrender Gesell, kenne keine Sorgen . . .“

Und dann denken sie gewiß: Labt mich heut der Felsenquell, tut es Rheinwein morgen . . .

Prosit . . . Prosit . . . Heute labt uns der Felsenquell oder der Bach am Wege. Aber morgen gibt es keinen Rheinwein. Das trockene Brot werden wir uns auch morgen im Bach auflösen. Wo pennen wir heute? . . .

Du gehst dahin klopfen und ich gehe hierhin. Hier gibt es ein Stück Brot, ein trocken's und dort ein Ende Wurst.

Ganz tief einsinken: „Ach, würden Sie nicht so barmherzig sein und einem arbeitslosen Menschen was zu essen geben?“

Es gibt gute Menschen und böse Menschen. Welche geben was und andere lassen den Hund los. Wenn man so einen Tag um den andern macht, kommt man vorwärts, aber man rutscht doch nur vorwärts. Das klebt so an den Schuhen. Alles ist Dreck. Und alles einerlei. Aber immerhin, es ist Frühling und manchmal kommt die Sonne auch durch die Haut durch.

Da arbeiten Bauern. Soll man hierbleiben? Im letzten Dorf haben sie schon gefragt, ob wir nicht bleiben wollen. Orje hier und Hans da. Orje zwinkert nur so ein bißchen mit den Augen zu Hans hin . . . Hans versteht.

„Ach nee, wir wollen noch nach Hannover, da ham wir Arbet in Aussicht . . .“

Ja, ja, das ist so . . . Weiter, immer weiter . . .

Heute abend pennen sie in einer Feldscheune. Es ist ja jetzt auch nachts warm. Morgen sind sie in einem kleinen Städtchen. Es ist schon spät abends. Wie heißt das Städtchen? Was liegt daran? Wo ist die Polizei?

„Die Polizei? Ja, laß man Hans. Wir melden uns obdachlos. Laß mir man det schaukeln . . .“

A 1 Frankfurt a. M.

Schupo darf provozieren — aber keiner sich wehren. Einen Fall unerhörtester Provokation leistete sich ein Beamter in Frankfurt-Westhausen, als das Nassauische Heim, das mit Exmittlerungen armer Mieter trotz vieler leerstehender Wohnungen selbst mit Hilfe der Polizei sehr schnell bei der Hand ist, einen unserer Genossen vor die Tür setzen wollte. Die erbitterten Mieter der Gesellschaft protestierten auch diesmal in großer Zahl gegen das Vorgehen. Die Schupo wurde bis auf zwei Mann zurückgezogen, und auch diese verschwand mit ihren Rädern zeitweilig, weil man vermutlich damit rechnete, daß sich die Bevölkerung zurückziehen würde und man dann die Wohnung ungehindert hätte ausräumen können. Das geschah aber nicht, denn die Proletarier hatten aus der Erfahrung gelernt, und die beiden immer wieder auftauchenden Schupos waren darüber wenig erfreut. Wenn sie glauben, die Proletarierfrauen heimzuschicken zu müssen, damit sie ihren „süßlichen hochliegenden Dreck wegfeigen“, so sind das eigenartig anmutende Bemerkungen. Deutlicher wurde einer, als er die Männer versicherte, sie könnten vielleicht „noch etwas erleben und Bauklötzer staunen, achteckige sogar“, und sein Kollege versicherte bei seinen vergeblichen Zerstreungsbehühungen: „Wir können auch mit dem Maschinenengewehr kommen!“

Nazis vor dem Arbeitsgericht. Der Nazi Dr. Schön klagte gegen den Nazi Dr. Eicke auf Zahlung eines Monatsgehalts in Höhe von 220 Mark. Dr. Eicke habe ihn ohne Grund fristlos entlassen. Wie sich vor dem Arbeitsgericht herausstellte, haben sich die beiden Pgs. am Tage der Kündigung mit den Filisten bearbeitet. Nach der Auffassung des Gerichts rechtfertigte die Inhaftigkeit des Pg. Arbeitnehmer auf alle Fälle die fristlose Entlassung durch seinen Arbeitgeber Pg.

Geldbriefträger überfallen. Der Geldbriefträger Mohr wurde im Hause Sandweg 27 überfallen. Der Täter versetzte ihm mehrere Schläge über den Kopf und entließ ihm die Geldtasche. Es kamen Hausbewohner hinzu, die um Hilfe riefen. Der Täter ließ daraufhin die Geldtasche im Stich.

In den Mainz gestoben. Am Pfingstsonntag gab bekanntlich der Schnornsteinfeger Mantel auf der Polizei an, er habe eine Frauensperson im Zorn in den Mainz gestoben. Bei Eddersheim wurde jetzt eine weibliche Leiche gefunden, auf die die Beschreibung des Mantel zutrifft.

Düsseldorf

In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten sprach nach Erledigung der übrigen Punkte der Bildungssekretär Dr. v. Waldheim über „Bildungskrise und Angestellte“. An Hand von Material über die frühere und jetzige soziale Zusammensetzung der Angestelltenschicht suchte er den Nachweis zu erbringen, daß die schon in Fluß befindliche Umlagerung innerhalb der Angestelltenschicht mit der Bildungskrise in ursächlichem Zusammenhang stehe, und zwar deshalb, weil man nach dem Kriege inbezug auf das höhere Schulwesen in Deutschland zuviel getan habe. Auch in der Volksschule habe man sich zuviel mit überflüssigen Dingen beschäftigt, anstatt die Schüler zuerst gründlich in den Elementarfächern auszubilden. Man müsse das Berechtigungsweesen mehr eindämmen, denn die große Zahl der unbeschäftigten Akademiker und Abiturienten suche eine Existenz, die ihnen die Bürokratie des Staates innerhalb der Verwaltung aus verschiedenen Gründen nicht geben könne. Die beschäftigungslose Jugend sei eine große Gefahr, und er sei der Auffassung, daß der freiwillige Arbeitsdienst und evtl. auch die Arbeitsdienstpflicht geeignet wären, der Jugend einen festen Halt zu geben. Diesen Ausführungen, die von der Versammlungsmehrheit mit Beifall aufgenommen wurden, trat der Kollege Storch in sachlicher Form entgegen. Er wies insbesondere darauf hin, daß es die Widersprüche des kapitalistischen Systems seien, die die jetzige Krise verursachen und daß man diese mit dem Mittel der Arbeitsdienstpflicht am allerwenigsten überwinden könne. Der Arbeitsdienst sei auch kein geeignetes Erziehungsmittel für die Jugend, denn es bestehe die große Gefahr, daß durch ihn die jungen Menschen dem Proletariat entfremdet und durch Landsknechtsideen irreführt würden.

Das Schlußwort des Referenten bewies, daß er die Linie der oberen Instanzen auch des ADGB vertrat, und es dürfte den denkenden Gewerkschaftlern wohl bald klar werden, wohin die Reise gehen soll. Uns scheint es höchste Zeit zu sein, daß mit erhöhter Wachsamkeit diese Vorgänge verfolgt und sowohl die Angestellten wie die Arbeiter gegen diese Entwicklung mobil gemacht werden.

Herne

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Herne, nimmt mit Entrüstung von dem Verbot der „Internationalen Proletarischen Freidenker“ und des „Proletarischen Freidenkerverbandes Deutschland Kenntnis. Durch das Verbot, das sich gegen die zielklare Freidenkerorganisation richtet, wird bewiesen, daß es in der kapitalistischen Republik keine Meinungsfreiheit für das Proletariat gibt. Die Unterdrückung der Freidenker ist ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft und das werktätige Volk. Wir geloben, mit unseren Klassen-genossen im Verbands Proletarischer Freidenker gegen das Verbot mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf gerichtet ist gegen die kapitalistische Kulturbarbarei, trotz Unterdrückung der Bourgeoisie bis zum endgültigen Sturz der Arbeiterklasse für ein freies sozialistisches Deutschland. Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Herne.

Kasseler Fürsorgearbeiter kämpfen

Vom 14.—28. Mai führten 190 städtische Fürsorgearbeiter einen Streik durch, der jetzt durch erzwungenen Magistratsbeschuß beendet wurde. Die Fürsorgearbeit wurde eingestellt und den Streikenden wurde die ihnen zustehende Unterstützung ausbezahlt. Dem Streik lag folgender Tatbestand zugrunde. Um langjährig unterstützte Wohlfahrtsunterstützungsempfänger loszuwerden, ließ die Stadt städtische Arbeiten im Tiefbau, Gartenbau und Reinigungsweesen 26 Wochen lang durch diese ausführen. Durch diese Weise machte man sie beim Arbeitsamt unterstützungsberechtigt. Die Beschäftigung geschah aber nicht zu normalen tarifmäßigen Bedingungen, wie dies bei den ständigen Stammarbeitern der Fall ist. Schon allein die Einrichtung der Fürsorgearbeit ist ein Kapital für sich und zeigt so recht, daß auch die kommunalen Arbeitgeber in der Front der schlimmsten Arbeiterfeinde stehen.

Um überhaupt für die Fürsorgearbeiter Beschäftigungsmöglichkeit zu bekommen, wurden ständige Arbeiter unter dem Vorwand des Arbeitsmangels entlassen. Wohlfahrtsunterstützte wurden dann für ihre entlassenen Kollegen eingestellt. Zu deren Entlohnung erhielt die Stadt aus Reichsmitteln einen Zuschuß unter der Bedingung, daß der auszuschüttende Lohn im Höchstfalle nicht mehr als 60 Prozent über dem Unterstützungssatz liegen darf. Auf diese Weise ist es wohl nur möglich gewesen, daß die Stadt ihre Ausgaben für Löhne im Gartenbau z. B. in 4 Jahren von rund 200 000 M auf 30 000 Mark senken konnte.

Die Fürsorgearbeiter verlieren für die Zeit ihrer Beschäftigung jeglichen Anspruch auf Wohlfahrtsbeihilfen, dürfen aber höchstens 50 Prozent über ihrem Unterstützungssatz verdienen, so daß sie nach Ablauf ihrer Zeit beim Arbeitsamt eine Unterstützung bekommen, die noch nicht einmal dem Richtsatz für Wohlfahrtsunterstützte entspricht, so daß sie vom Wohlfahrtsamt erst noch Zusatzunterstützung beziehen müssen. Praktische Hilfe für Erwerbslose bedeutet die Fürsorgearbeit nicht, denn die paar Pfennige mehr gehen für erhöhten Kleider- und Nahrungsaufwand wieder drauf. Hinzu kommt noch, daß die Arbeit unter Zwang ausgeführt wird, denn Nichtannahme und freiwillige Beendigung, zieht Unterstützungsentzug nach sich.

Bei Einstellung müssen die Fürsorgearbeiter einen Vertrag unterschreiben, in dem es heißt, daß sie zu den Bedingungen des Reichsamtentlohnungstabelle § 2 beschäftigt und entlohnt würden, ohne daß dieser Paragraph im Wortlaut oder dem Sinn nach angegeben ist. Hierdurch wird der Anschein erweckt, als seien die Fürsorgearbeiter zu den auch für die ständigen Gemeindegewerkschaftler geltenden Tarif eingestuft. Das ist aber eine grobe Täuschung, denn der betreffende § 2 besagt, daß Fürsorgearbeiter nicht im Tarifverhältnis stehen, d. h. nur Pflichten und keine Rechte besitzen, denn ihnen steht keine Betriebsvertretung und kein gewerkschaftlicher Schutz zu.

Am 9. Mai nahm die Kasseler Stadtverordnetenversammlung einen Antrag an, der diesen ungerechten Zustand beseitigte und die Fürsorgearbeiter den ständigen Arbeitern

gleichstellte. Vergeblich warteten aber die Fürsorgearbeiter auf die Durchführung dieses Beschlusses. Ihre Vertreter wurden immer wieder mit leeren Versprechungen vom Magistrat abgelistet. Hinzu kam noch, daß sich ihr kärglicher Lohn in der Regenperiode und durch die Feiertage stark verminderte. Als die beantragte Bezahlung der Regentage verweigert wurde, traten am Pfingstsonntag 190 Fürsorgearbeiter auf fast einstimmigen Beschluß in den Streik, ebenso die 10 freigewerkschaftlichen Organisierten. Alle anderen waren unorganisiert, RGO- oder FAUD-Mitglieder. Die Streikleitung setzte sich aus allen Gruppen zusammen, sogar ein Nazi war darunter. Sie führten einen musterhaften Kampf durch. Solidarität der anderen Erwerbslosen verhinderte jeglichen Streikbruch. Die Streikenden, die in den Kampf traten ohne zu wissen, wovon sie leben sollten, erreichten, daß ihre Familienzuschüsse für die Kampftage gezahlt wurden. Sammlungstätigkeit der Streikenden bei Geschäftsleuten und Privaten, sowie die RGO, verschaffte ihnen Lebensmittelhilfen. Am Dienstag, den 28. Mai, versammelten sich die Streikenden im Rathaus und verlangten Auszahlung der vollen Unterstützung. Ihre Leitung drang in eine Sitzung ein, an der der Oberbürgermeister teilnahm, und verlangte sofortigen Beschluß. Nach anfänglichem Sträuben wurde dies auch zugesagt, nachdem sich auch der anwesende SPD-Genosse Wittrock dafür eingesetzt hatte. Gleichzeitig faßte der Magistrat auch den Beschluß, die Fürsorgearbeit einzustellen. Diese Tatsache muß als Erfolg des Streiks bezeichnet werden. Obwohl das Ueberfallkommando der Schupo zur Räumung im Rathaus erschien, kam es nicht zu Zusammenstößen, im Gegenteil, die Beamten verhielten sich verständnisvoll zurückhaltend und ließen sich sogar in Diskussionen mit den Erwerbslosen ein, aus denen bei einigen Beamten unverhohlene Sympathie mit den Kampfenden zu erkennen war. Die Freien Gewerkschaften und das „Volksblatt“ verhielten sich insofern sehr schüchtern, als sie versuchten, diesen Streik als Kommunistenmanöver hinzustellen und sich durch ganz einseitiges, unsolidarisches Verhalten nur für ihre wenigen Mitglieder einzusetzen, für die sie volle Bezahlung der Streiktage erwirkten. Die Absicht der Nazis, diesen Kampf parteigattatorisch für sich in einer besonderen Streikversammlung auszunutzen, scheiterte, sie holten sich eine gründliche Abfuhr. „Tageblatt“ und „Neueste Nachrichten“ verhielten sich loyal und brachten die Berichte der Streikleitung zur Veröffentlichung. Die kommunistische „NAZ“ unterstützte den Kampf. Wenn die Leitung der Freien Gewerkschaften in ihrem verständnislosen Verhalten gegenüber kämpfenden Proleten so fortführt, braucht sie sich nicht zu wundern, wenn sie eines Tages ihren wohlverdienten Lohn dafür bekommt. Noch ist es Zeit, einzulenken. Die Proleten sind bereit zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungseraub, aber es muß bald geschehen, sonst erstreckt sich dieser Kampfwillie in hoffnungsloser Resignation und die kapitalistisch-faschistische Reaktion triumphiert. Proletarier, laßt euch nicht einschüchtern, sondern kämpft mutig weiter für Recht und Brot.

Der Sterilisationsprozeß in Offenburg

Mit der ersten Verhandlungswoche ist auch ungefähr die Mitte der Prozeßdauer erreicht. Das bisherige Ergebnis gestattet eine Charakterisierung der Gesamtlage.

Die Zeugen

sind Proletarierfrauen, denen das Elend ihrer sozialen Lage, einige wenige ausgenommen, von weitem anzusehen ist. Kaum eine darunter, die nicht krank ist. Fast alle haben sie den Arzt selbst gebeten, er möge sie vor dem Gesundheit und Existenz vernichtenden weiteren Kindersegen durch eine Operation bewahren.

Der Hauptangeklagte,

Med.-Rat Dr. Merk, bestreitet von vornherein, daß die soziale Lage dieser Frauen zu seinen Operationen der Schwangerschaftsunterbrechung und Unfruchtbarmachung (Sterilisation) einen dringenden Grund bildeten. Und doch zeigt der Prozeßverlauf das Unsinnige einer solchen Auffassung, denn selbst der bedeutende Mediziner Winter weist nach, daß soziale und medizinische Indikationen niemals grundsätzlich zu trennen sind. Nein, bei Proletarierfrauen sind die sozialen in ihrer Auswirkung gleichzeitig medizinische. Merk, der sich sympathisch verteidigt, nimmt, ein vorzüglicher Operateur, lieber das Odium eines miserablen Mediziners vor Gericht auf sich, als den Bekanntheit eines Dr. Friedrich Wolf. Er ist ein gebrochener, zu Unrecht um Amt und Ruf gekommener Mann. Er hat aber auch unsinnig gern operiert, weil ihm seine Erfolge reizten. Ein kleiner Wallenstein der Medizin.

Der Staatsanwalt

führt, daß ihm doch manches Fell davon schwimmt. Die Klänge des Staatsanwaltes wird eigentlich mehr vom Referenten geführt. Er braucht's zur Urteilsbildung.

Das Gericht

stützt sich in der Hauptsache auf eine Reichsgerichtsentcheidung in Band 61, wonach die Schwangerschaftsunterbrechung unerlaubt ist und schwer bestraft wird: „wenn die wissenschaftliche Prüfung nicht vorher völlig genügend erfolgte, auch wenn es sich nachträglich herausstellt, daß die Voraussetzungen stimmten!“ Das heißt: Zuchthäuser bauen für all die straffälligen Ärzte! Der Gerichtshof in Offenburg kämpft sichtlich gegen die Anfechtungen von den sich immer mehr aufdrängenden rein menschlichen Erwägungen. Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz . . .

Das Gesetz

erweist sich in diesem Prozeß als ein morsches, mindestens reparaturbedürftiges, der Zeitentwicklung nicht mehr entsprechendes Dokument.

Die Sachverständigen

sind nach dem Angeklagten wohl in der peinlichsten Lage. Sie sind bestellte Beamte, große Wisser und Könner und Menschen zugleich. Im Dienste des Gesetzes schlagen sie den Menschen Merk. Im Dienste für diesen können sie das Gesetz nicht anerkennen. So finden sie objektiv die Voraussetzungen nicht erfüllt, billigen aber subjektiv ihrem Kollegen den guten Glauben zu. Es sind alles Kapazitäten und junge Menschen, ich greife Prof. Schwarzacher als Muster heraus; und einer ist unter ihnen, der sichtlich Lust hätte, eine Schlacht zu schlagen, daß diese unsinnige Anklage nur so in den Fugen krachte, da hier der Stoff zu einer wirklichen Notverordnung vorliegt, Professor Liepmann, Berlin, sind aber die Hände gebunden durch das Verhalten des Angeklagten selbst. Der ist zumindest so bürgerlich konservativ, um ein revolutionärer Kollege des großen Nazareners zu sein.

Am Schluß des Prozesses mehr. T. G.

Hamborn

Von der KPD zur SAP. Am Mittwoch hielt die SAP eine Mitgliederversammlung ab, zu der sympathisierende Arbeiter eingeladen und erschienen waren. Genosse Völker hielt ein Referat über die politische und wirtschaftliche Lage. An der mustergültigen Diskussion beteiligten sich die Genossen Mues, Senft, Krüger, Flechsig, Loose, Graber, Keller und Sackritz. Genosse Mues, welcher im Erwerbslosenausschuß sitzt, war früher in der KPD. Er war mit dem Referat, außer in Gewerkschaftsfragen, vollkommen einverstanden. Genosse Senft, Mitglied der KPD seit Beutehen und bis zu dieser Versammlung, ging auf die RGO-Politik der KPD ein und erklärte, er sei von Anfang an Gegner dieser falschen Politik gewesen. Florin (Bezirksleiter der KPD) habe seine Einwendungen damit vertreten wollen, daß er erklärt habe, die Partei danke nicht an die Schaffung von neuen Organisationen. Doch das Gegenteil sei eingetreten. Der Januarstreik sei nur ein Mittel gegen die freien Gewerkschaften und für den neuen Laden gewesen. Die angeblichen Vorpostengefächte seien nicht vorbereitet und daher zum Schaden der Arbeiter verlaufen. Ein weiteres Verbrechen sei die Beteiligung am Volksentscheid der Nazis gewesen. Er sei bis zum heutigen Tage Mitglied der KPD geblieben, weil es keine Partei gegeben habe, der er sich hätte anschließen können. Die SPD sei für ihn undialektisch gewesen, Heber hätte er zum Strick gegriffen. Jahrelang habe er für eine Kursänderung in der KPD gekämpft, jedoch jetzt die Ausschließigkeit dieses Kampfes eingesehen. Genosse Senft übergab dem Genossen Völker sein Mitgliedsbuch, welches von der Versammlung mit einem kräftigen „Bravo“ begrüßt wurde. Die nächsten Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen des Genossen Völker, so daß dieser im Schlußwort sich kurz fassen konnte.

Elmhorn

Öffentliche Jugendversammlung. Die vom SJV einberufene öffentliche Jugendversammlung war von etwa 60 Personen besucht. Der KJV war erschienen, während die sozialdemokratische Jugend, wie immer bei diesen Anlässen, zu einer „wichtigen“ Reichsbanner-versammlung zusammenberufen war. Anstelle des Genossen Bolzen sprach der Genosse Schneider, Hamburg. In seinen Ausführungen beschäftigte er sich insbesondere mit dem freiwilligen Arbeitsdienst und der Arbeitsdienstpflicht. Beides seien faschistische Methoden, die die revolutionäre Jugend ablehnen muß. Einheit aller proletarischen Parteien und Gruppen allein verbürgen die Zurückweisung dieser faschistischen Methoden. Er führte dann die Einheitsfrontpolitik, wie sich der SJV und die SAP sie denkt, den Jugendlichen vor Augen und rief zur aktivsten Mitarbeit auf. An der Aussprache beteiligten von der KJ sich zwei Genossen, u. a. Genosse Wagenknecht, Hamburg. Wenn sich dieser auch bemühte, sachlich mit den Schneiderschen Ausführungen sich auseinanderzusetzen, so vertrat er doch den ultralinken Kurs der KPD und des KJV. Zum Schluß schlugen dann unsere Genossen vor, den Versuch zu unternehmen, ein Kartell der revolutionären Jugend Elmhorns zu bilden. Der KJ und SJV würden vorerst die Vorarbeiten zur weiteren Ausarbeitung übernehmen. Der Elmhörner KJ-Führer antwortete überhaupt nicht auf die Aufforderung, Genosse Wagenknecht wollte die Sache auch umgehen, bis er dann versprach, mit der BL des KJV am nächsten Tage Rücksprache zu nehmen, das Ergebnis würde er dann dem SJV Elmhorn sofort mitteilen. Im übrigen ist der SJV mit dem Verlauf seiner ersten öffentlichen Versammlung zufrieden, zumal die letzte KJ-Versammlung mit der großen „Kanone“ Noske, Hamburg, auch nicht stärker besucht war und die sozialdemokratische Jugend seit Jahren überhaupt nicht den Versuch unternommen hat, ihre Politik einmal öffentlich vor der proletarischen Jugend zu vertreten.

Stralsund

Der „Landesfriedensbruchprozeß“ in zweiter Auflage hat heute vor dem erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Stricker erneut begonnen. Diesem Prozeß liegen bekanntlich die Vorgänge am Wahltage des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl am 13. März zugrunde. Das Verfahren vor dem Schnellrichter wurde bekanntlich damals wegen des großen Umfangs mitten in der Beweisaufnahme aufgehoben. Nun hat die Staatsanwaltschaft in Greifswald erneute Anklage gegen die „Reichsbanner- und Hammerleute“ erhoben. Es wird zur Vernehmung von 50 bis 100 Zeugen kommen. Wie immer sind die vier Nazis als Hauptbeteiligte auch hier als Nebenkläger zugelassen worden. Es hat schon heute den Anschein, daß auch in diesem Prozeß die Sachlage wieder völlig verdreht wird. Die Verteidigung der Angeklagten liegt in Händen des Rechtsanwalts Dr. Berndt, Stettin, der der SPD angehört und früher demokratischer Landtagsabgeordneter war und stellv. Gauleiter des pommerischen Reichsbanners ist. Wir werden noch über das Ergebnis des Prozesses berichten, da er für ganz Vorpommern besondere Bedeutung hat.

Leser werbt für die SAZ

Organisationsnachrichten

SAP Stettin: Im Keller, Klosterhof 27/28, 20 Uhr: Montag, 30. Mai: Inflationerversammlung; Mittwoch, 1. Juni: Bildungsabend; Freitag, 3. Juni, 10 Uhr: Ursache der Spaltung und unsere Stellung (Gen. Lassa).

Die heutigen Berliner Fußballspiele

Besucht die Schülerspiele

Das Hauptinteresse gruppiert sich heute um die Spiele im 4. Bezirk. Die Abteilung A stellt die spannendsten Spiele. Minerva 28 muß nach Luckenwalde fahren, und hat in der Hitzeschlacht gegen die 1. Abteilung der Luckenwalder Turnerschaft und gegen deren Anhänger eine harte Herzprobe zu bestehen. Die Schöneberger empfangen den Favoritenclub Vorwärts-Trebbin und werden schwer zu kämpfen haben, um die Punkte für sich zu behalten. Hertha-Luckenwalde hat auf eigenem Platz gegen die eintreffenden Teltower die besseren Aussichten, und in Friedenau treffen die alten Rivalen Friedenau und Wilmersdorf mit gleichen Aussichten aufeinander. In den anderen Bezirken stehen die Sieger so ziemlich fest. Allerdings muß Blitz 88 die Reise nach Storkow antreten und darf keinen Fratz mitnehmen, um zu bestehen. Im zweiten Bezirk sind die Blankenburger Kleingärtner nach ihrer unangenehm hohen Niederlage gegen Adler nach erneuter starken Belastung ausgereizt, sollen aber bei voller Mannschaft bedeutend günstiger als am Vortag abschneiden. Hanna 31 wird Wellensee - zumal auf eigenem Platz - das Nachsehen geben, und Nord sollte mit seinem durchschlagkräftigen Sturm Vorwärts-Wedding ohne Punkte lassen. Eine offene Sache ist das Treffen Nowawes gegen Potsdam in der Priesterstraße.

Ein umfangreiches Programm haben die Schülersmannschaften zu erledigen. Alle Freunde der Jugend sollten den Vormittag benutzen, um eines der Schülerspiele zu besuchen, auch wenn ihr Verein nach keine Mannschaft aufstellen könnte. Ein großes Debel ist bei unsrer, kleinsten Freunden immer die Fahrgeldfrage, und es ist für sie dann eine besondere Genugtuung, wenn der Gegner nicht nur antritt, sondern wenn auch viele aus dem Lager der Älteren ihren Leistungen mit verständnisvoller Kritik und rückhaltloser Anerkennung folgen.

Die Sonntagsspiele verteilen sich wie folgt:

- Anfang: 1. Männer 16.30 Uhr, 2. Männer 14.45 Uhr, 3. Männer 12.30 Uhr, Jugend 10.00 Uhr.
1. Bezirk Gruppe A, 1. Mannschaften: Storkow geg. Blitz 88 (Pomplun); Oberspreewälder (Rätz); Friedersdorf-BSV 31 (Storkow); ASV, Neuk.-Dt. Wusterhausen (Normanna). 2. Mannschaften: Storkow gegen Blitz 88 (Pomplun); Oberspreewälder (Wacker 30); Alt-Stahndorf-BSV, 31 (Friedersdorf); ASV, Neukölln gegen Dolgenbrock (Normanna). Gruppe B, 1. Mannschaften: Normania-Hoppegarten (13.00, Mayr); Wellensee geg. Lichtenberg I (Risse); Eiche-König-Herzfelde (Fr. Stüdel); Kegel-Lichtenberg II (Mahlsdorf); Wacker 30

geg. Kaulsdorf (Eiche). 2. Mannschaften: Normania geg. Hoppegarten (17.00, ASV, M.); Werke Lichtenberg I (Risse); Eiche-König-Herzfelde (Fr. Stüdel); Mahlsdorf geg. Markt; Martenthal-Zehdenick (Mildenberg); Zehdenick III (Blitz 88). 2. Bezirk: Gruppe A: Blankenburg-Eintracht (Vorwärts); Hanna-Wellensee (Saxonia); Nord-Vorwärts (Wellensee). 2. Mannschaften: Gruppe C: Hanna gegen Wellensee (Pankow); Buch-Saxonia (Blankenburg); Freie Scholle-Eintracht. Gruppe E: Hanna-Wellensee (Pankow); Wandorf Saxonia (Vorwärts). Gruppe Uckermark: Martenthal-Zehdenick (Mildenberg); Zehdenick III geg. Mildenberg (Tempeln). 3. Bezirk, 1. Klasse, Abt. Berlin: Elstal-Spandau 25 (Eintracht); Staken Werder (Butab); Nowawes-Potsdam (Werder); Butab-Eintracht (Eiche, Charlitz). Abt. Havell: Fährde 504 (Egel, Brandenburg); Schöne-Altenhof (Friedrich). Abt. Elbe: Wittstock-Havelberg (Kvritz). 3. Klasse, Abt. A: Berlin-Schlack-Werder (Egel); Nowawes-Potsdam (Vorwärts); Butab-Eintracht (Spandau 25). Abt. B: Berlin-Dalchow-Caputh (Staken). Abt. Havell: Schöne-Altenhof (Friedrich); Kirchmöser-Trechwitz (Peter, Hrdg.). Abt. Elbe: Wittstock-Havelberg (Kvritz). 4. Bez., 1. Mannschaften, Abt. A: Luckw. I-Minerva 28 (Birkmann, L. III); Schöneberg-Trebbin (Finkewitz, L. I); Hertha-Teltow (Ziebarth, Jüterbog); Friedenau geg. Wilmf. (Vogt, Schbg.). Abt. B: Luckw. V-Kölln-Heide (Weigt, L. III); Volkssport-Fichte (Stad. Pl. 6, 11.00, Pitzing, Schbg.); Luckw. II-Tempelhof (Wend, Wollf.). Abt. C: Treuenb. Ruhlf. (15.00, Mshn, Brück); Bruck-KI Zinna (15.00, Brück, Treuenb.); Dahn-Luckw. III faustlos. 2. Mannschaften, Abt. A: Luckw. I-Minerva 28 (Blöfeld, L. V.); Schöneberg geg. Trebbin (Gaucho, Volkm.); Hertha-Teltow (Schmidie, L. II); Friedenau-Wilmf. (Hinz, Tempelhof). Abt. B: Luckw. V-Kölln-Heide (Schulze, Zinna); Volkssport-Fichte (Stad. Pl. 6, 9.15 Uhr, Wilhem, Friedenau); Luckw. II-Berlin XII I (Kaiser, Wollf.). Abt. C: Treuenb.-Belzig (16.45, Meyer, Niemeck); Dahn-geg. Luckw. III faustlos. 3. Mannschaften: Friedenau geg. Wilmf. (13.00, auslösen); Spereberg-Teltow (15.30, Klausdorf).

Jugend: Abt. A: Staken-Eintracht (11.00, Spandau 25). Abt. B: Normania-Wilmf. (10.00, Butab); Eintracht II-Schöneberg (13.00, Hanna). Gesellschaftsspiele: Luckw.-Minerva (auslösen). Spielfeld sind Nowawes, Brandenburg, Teltow, Adler 08, Drevitz, Hanna-Schüler: Luckw.-Minerva (auslösen); Saxonia-Caputh; Hanna-Lichtenberg II (13.00, Vw.-Wald); Werke geg. Adler I (11.00, auslösen); Cladow-Nowawes (11.00, Finti-Spandau); Normania-Kölln-Heide (11.00, Butab); Schbg. geg. Spand. (11.00, Rubensstr.; Fried.).

Berliner Arbeitersportler werben

Den Anhängern des Arbeitersportes wird am kommenden Sonntag ein außergewöhnlich interessantes Programm geboten. Die Freie Sportvereinsvereinigung Pankow, die ihre Werksaktion am Sonnabend um 19 Uhr (nicht 15 Uhr) durch ihren Straßenlauf „Quer durch Pankow“ mit dem Start und Ziel Pankow Kirche (Marktplatz) beginnt, am Sonntag, 14. Juni, auf Stadt Sportplatz Kissingerstraße drei auswärtige Gäste im Handball in die „Freie Turnerschaft Halle“ und im Fußball „Fuchswalder“ der Gegner. Das Hockeyvpiel bestreiten Spandau - Leipzig.

Im Friedlichshain auf dem Stadt Sportplatz veranstaltet FTGB Nordost einen Handballwettkamp. Es werden sieben Berliner gegen: Süd n. Butab, Köpenick, Stendal. Das Hauptspiel gegen aus der neu Pommernmeister Neu-Stettin gegen FTGB Nord-Ost Beginn der Spiele um 13 Uhr, das Hauptspiel bildet um 17 Uhr den Abschluss.

Auf dem Sportplatz in der Cantianstraße (Exer) veranstaltet FTGB Nordring, der Endspielgegner des Volksportes Wedding um die Meisterschaft des 1. Kreises, ein Handball-Turnier, an dem teilnehmen: Norden I, Schöneberg, Veltan, Strauß, Oberprora, Friedlichshain, SV, Mosbit. Die ersten Kämpfe steigen bereits um 9 Uhr vor, denen sich um 13 Uhr die Entscheidungsspiele anschließen. Der Eintritt ist hier frei.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg, BV-Sitzung Montag, 30. Mai, 19.00 Uhr, im Sekretariat, Magazinstr. 12a. Im Schulungskursus für Referenten werden folgende Themen behandelt: „Die politischen Parteien“ (Ref: Paul Fröhlich); „Ueber Gewerkschaften“ (Ref: August Enderle); „Sowjetrußland“ (Ref. wird noch bekanntgegeben). - Jede Ortsgruppe entsendet zwei Teilnehmer, die verpflichtet sind, den ganzen Kursus mitzumachen. Kursus: jeden Freitag, 20-22 Uhr, im Sekretariat. - Anti-Kastell, Groß-Berlin: Ortskartellungen und Funktionäre der PKW Montag, 30. Mai, 19.30 Uhr, Vogels Festhalle, Brückenstr. 2, Kleiner Saal. Montag, 30. Mai: Erwerbslosenstelle: Mittw. Zusammenkunft aller erwerbslosen S.J.V. und SAP-Genossen um 16 Uhr bei Gen. Karzck, Molkenmarkt 1, II, Hof I, II. Ortsgruppe Charlottenburg: 20 Uhr, Funktionsitzung bei Bahrow, Scharrenstraße 3. Dienstag, 31. Mai: Ortsgruppe Wilmersdorf: 19.30 Uhr bei Krüze, Gastelner Straße 6 (Ecke Holsteinsche Straße), Diskussions-

abend Themat: „Die kapitalistische Welt und die Sowjetunion“. Ortsgruppe Treptow, Abt. Schönswalde-Johannistal: Mitgliederversammlung 20 Uhr, Lokal Vogt, Brückenstraße 10. Ortsgruppe Charlottenburg: 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bahrow, Scharrenstraße 3. Themat: „Sind wir eine kommunistische Partei?“ Referent W. Schaber, Korzeberg, Weiber! Ortsgruppe Wedding: Bildungsgruppe Paul Fröhlich „Revolutionäre Strategie und Taktik“ Dienstag, 31. 5., 19.30 Uhr, bei C. Kluge, Sellenstraße 14. Themat: „Wie kommt das Proletariat zur Macht?“ Mittwoch, 1. Juni. Ortsgruppe Pankow: Mittwoch, 1. 6., 20 Uhr, im Heim, Mühlensstraße 7, Mitgliederversammlung. Für den veränderten Gen. Max Seydewitz spricht Gen. Max Kohler über „Die politische Lage und die Aufgabe der SAP“.

SIV

Südwest: Sonntag, 29. Mai, 6.30 Uhr, Treffen im Halleschen Tor zur Fahrt. UB, Schöneberg: Sonntag 6.30 Uhr, Kaiser-Wilhelm Platz. Wir gehen auf Fahrt. Wochend-Kursus fällt aus. Montag, 30. Mai, 19.30 Uhr: Süd-West: Soziale Revolution. Köpenick: Jeder referiert. Mosbit: Liedabend. Mittelfunk der Bl. BL-Sitzung Montag, 30. Mai, 19 Uhr, im Sekretariat, Magazinstraße 12a. Montag Ausgabe des „Jugendrot“. Alle Jugendrot-Gelder müssen auf der Funktionsversammlung am Montag abgerechnet werden. Die Gruppen müssen pro Mitglied 4 Pf. Haftpflichtversicherung einkasieren. Aktionsbesprechungen: Die AB-Leiter müssen umgehend in der Zentrale die Broschüren „Arbeitsdienstpflicht“ abschicken. Haftpflichtversicherungsbeiträge pro Mitglied 4 Pf. bezahlen. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Harbord Dackebale, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Siebel Zeitungs-Verlagsges. mbH Druck Georg Köpzig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 (alt.) Kupfergraben 8 7 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben 8 7 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM 30 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Staats-Theater
Oper u. d. Linden
Sonntag, 29. Mai 8 Uhr
Die Kriegerinnen
Montag, 30. Mai 8 Uhr
Bohème

Schauspielhaus
u. Gendarmenmarkt
Sonntag, 29. Mai 8 Uhr
Montag, 30. Mai 8 Uhr
Der Liebestrank

Schillertheater
Herbellener, Bernauerstr.
Sonntag, 29. Mai 8 Uhr
Montag, 30. Mai 8 Uhr
Die Räuber

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
2 Riesen-Schlager:
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
und
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga Brink, Harry Hardt
Anfangszeit Sonntag: 3, 5, 7, 9 Uhr

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
und
Man braucht kein Geld

Großer Preisabbau!
Billig wie noch nie!
Snelle!
Oberbett ... Mk. 9.00, 10-, 12-,
Nissen ... 2.55, 2.85, 3.50
rot, türkisch, Mafo.
Steppdecken ... Mk. 19.50
Dauersdecken ... 52,-
Wander-, Wochenend-Decken
in allen Preislagen

Bettfedern
und Daunen zu den bekannten billigen Preisen
Bei Einkauf Gratisreinigung!

Böhm. Bettfedern-Spezialhaus
Sachsel & Stadler
Berlin C 489
Landsberger Straße 43-45
Nähe Alexanderplatz
SAP-Mitglieder 5% Rabatt
in Groß-Berlin Fahrgelderstattung

Das rote Gewerkschaftsbuch

erscheint zum 1. Juni als 5. Buch in der Reihe der „Roten Bücher“ der Marxistischen Büchergemeinde. Verfasser dieses Buches sind die Genossen
A. Enderle, J. Walcher, F. Weckerle und H. Schreiner.

Dieses Buch zeigt klar und eindeutig die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dieser ökonomischen und politischen Krise haben.

Dieses Buch mußst Du unbedingt lesen

wenn Du wissen willst, worauf es heute ankommt, welche Stellung Du in der Gewerkschaftsarbeit einnehmen sollst. Aber nicht nur lesen mußst Du dieses Buch, sondern Du mußt überall bei allen Gewerkschaftskollegen für weiteste Verbreitung sorgen.

Das Buch kostet für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde 3 Mk.

für Nichtmitglieder 4,75 Mk.

Solche Bücher wie dieses müssen in Massenaufgaben ins Volk. Zur Verbreitung solcher Bücher brauchen wir unsere Bücherorganisation, die Marxistische Büchergemeinde, die immer weiter ausgebaut werden muß und für die täglich neue Mitglieder gewonnen werden müssen.

Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 Mk., für 3 Monatsbeiträge bekommst Du 1 Buch

Melde Deine Mitgliedschaft an und bestelle sofort das Gewerkschaftsbuch bei dem örtlichen Literaturmann oder direkt bei

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

wo Du auch Prospekte und Material anfordern kannst und jede weitere Auskunft über die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde erhältst.

KIND FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Ab Freitag, 27. Mai:
Heinz Rühmann, Dolly Haas, Fritz Grünbaum in der lustigen Familienoperette:
Es wird schon wieder besser
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbelprogramm.
Jugendliche u. Erwachsene 0.40 t.M.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 10. nachts.
Einzlig. Tag- u. Nacht kino Berlins

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Willy Forst, Alice Kröß in
Peter Voss, der Millionendieb
Eine tolle amüsante Fahrt um den Erdball
und
Ich heirate meinen Mann
mit Trude Berliner und Szöke Szakall
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

MILWA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Aufmarsch Ihrer Prominenten-Lieblinge in dem Doppelprogramm der aktuellen Zeitsatire
Hasenklein kann nichts dafür
mit Jakob Tiedke, Lien Deyers, Joh. Riemann, Senta Söneland, Hans Brausewetter, Albert Paulig, Jul. Falkenstein, Paul Westermeyer
dazu: Werner Fuetterer
Die 4 vom Bob 13
mit Hans Junkermann, Peter Voss
Jugendliche haben Zutritt.

Kühle Wampe

oder: **WEM GEHÖRT DIE WELT**

Manuskr.: Brecht und Ottwald
Musik: Hans Eisler Regie: S. Th. Dudow
Prod.-Ltg.: Georg M. Höllering-Rob. Scharfenberg
Musik-Litung: Jos. Schmid + Orchester: Lewis Ruth

Darsteller: Hertha Thiele * Martha Wolter
Lini Schönborn * Ernst Busch * Adolf Fischer
Max Sablotzki * Alfred Schifer * Gerhard Bionert
Martha Burchardi * Karl-Heinz Carell * Karl Dahmen * Fritz Erpenbeck * Josef Hanecek
Richard Hilgert * Hugo Werner-Kahle * Hermann Krohan * Paul Kretzberg * Anna Müller-Linke
Rudolf Nahlis * Erich Peters * Oily Rummel
Willi Schur * Martha Seemann * Hans Stars
Carl Wagner

400 Arbeitersportler * Eine Arbeiterspieltruppe * Uthmann-Chor * Sänger-Vereinigung Norden * Arbeiter-Sänger Groß-Berlin * Chor der Staatsoper * Verleih: Pressens-Film

Uraufführung: Morgen 7, 9 15

ATRIUM

KAISERALLEE ECKE BERLINER STRASSE
Vorkauf 11-2 und ab 5 Uhr. - H 1 2460

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
10 Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
auf den herrlichen aus Kunststoffe gewebten Rädern.

Kauft bei unseren Inserenten

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Riesen-Schlager!
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
dazu
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga Brink, Harry Hardt

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Mädchen zum Heiraten
und:
5 von der Jazzband
Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellenstraße
Ben Hur
(In Tonfassung)
dazu:
Das erstklassige Beiprogramm
Jugendliche haben Zutritt

Stettin

Bekanntmachung
Unsere Freunde werden beim Einkauf 10 Prozent Rabatt gewährt. Reellste Belieferung in Stoffen aller Art, Wäsche, Trikotagen usw. ist bekannt. Fertige Anzüge, Mäntel usw. Die Anfertigung von Anzügen und Mänteln einschl. Zuzaten in modernster Form von 26 M. an. Sitz garantiert. Anerkannt gediegenes Lager in Stoffen und Futtersachen. Auch Sie sollten vor Einkauf sich orientieren in Skomlinskis Etagegeschäft, Stettin, Reifschlagerstr. 17/18, nur eine Treppe.

Haben Sie Stoff?
Nerrenanzüge, Paletots nach Maß b. prima Zuzaten und gutem Sitz von 22.50 Mk. an. Auch Stoffe vorhanden. Stettin Eilsabethstr. 83/84 parterre links.

Lest den Klassenkampf

Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tiliack
Stef. in. Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Oberlausitz

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Spelsequark
kauft man direkt oder in den Verkaufsstellen der Melkerei Herrnhut i. Sa.

Größte Auswahl in Fahrrädern u. Nähmaschinen
zu niedrigsten Preisen bei
Friedrich Güttler
Neuseelze-Spremberg

Wie Pastor Cremer für seinen Bauch sorgte

Berlin, 20. Mai 1932 (vorm.)

R. S. Im Davahaim-Prozeß erörterte man heute, ob die Autospesen des Angeklagten Pastor D. Cremer, die bekanntlich in 2 1/2 Jahren einschließlich der Anschaffungskosten für zwei Wagen rund 60 000 Mark betragen haben, als angemessen zu bezeichnen sind. Der als Sachverständiger hinzugezogene Zivilingenieur Fiedler kam zu dem Ergebnis, daß die Kosten für Benzin und Ölverbrauch als normal angesehen werden könnten. Die Kosten für Reparaturen und Reifenverschleiß, für die in 20 Monaten 9100 Mark ausgegeben sind, seien aber als Unsummen zu bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtige, daß damals ein neuer Mercedes 10-10000 Mark gekostet habe. Hoch gerechnet könne man in diesen zwanzig Monaten auf 2000 Mark für Reparatur und Reifenverschleiß kommen. Der Sachverständige soll nochmals gehört werden, um auf Grund der einzufordernden Rechnungen sein Gutachten zu ergänzen.

Der Chauffeur Niendorf bestätigte dann auf Fragen von Rechtsanwalt Dr. Möhring, daß der Angeklagte Pastor D. Cremer auf seinen Reisen immer sehr einfach gelebt habe.

Beisitzer Landgerichtsrat Simon zu Pastor Cremer: „Sie haben doch 28 000 Mark verdient, wo ist denn das Geld geblieben, wenn Sie so einfach gelebt haben?“

Angek. Cremer: „So viel habe ich ja gar nicht verdient.“

Beisitzer: „Das werde ich Ihnen gleich vorrechnen.“

Diese Äußerung des Beisitzers veranlaßte den Verteidiger, dagegen zu protestieren, daß ein Mitglied des Gerichts derartig inquisitorische Fragen stelle: „Ich habe den Eindruck, daß der Herr Beisitzer stets belastende Fragen stellt, aber die entlastenden Fragen außer acht läßt.“

Staatsanwaltschaftsrat Eichholz: (einwerfend) „Die sind auch schwer zu finden. (Heisterkeit.) — Was haben Sie denn auf der

Reise an Tagessgeldern liquidiert, Herr Pastor Cremer?“

Pastor Cremer: „Ich habe keinen festen Tagessatz gehabt, ich habe allerdings auf Reisen nicht billig gelebt und mir stets jede mögliche Bequemlichkeit verschafft, um mich arbeitsfähig zu erhalten. Die Hotels habe ich nicht vom Gesichtspunkt der Billigkeit, sondern nach dem Gesichtspunkt der Erleichterung meiner Arbeit ausgewählt.“

Staatsanwalt: „Darf ich fragen, was diese Bequemlichkeit gekostet hat? Regierungsrat Siehe, der als preußischer Beamter viel geringere Reisespesen gewohnt war, haben Sie doch gesagt, er solle 40 Mark täglich liquidieren, was er aber abgelehnt hat.“

Pastor D. Cremer: „Das ist mir völlig neu. Ich werde ihn als Zeugen danach fragen.“

In der Nachmittagsitzung wurde von dem Direktor Schlunk, dem Direktor der Wirtschaftsabteilung des Centralausschusses für Innere Mission und Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungszentrale vorgelegt, nach dem der Angeklagte Cremer jährlich 12 000 Mark Autospesen machen durfte. Oberrichter a. D. Praher, Mitglied der Versicherungszentrale, der im Jahre 1931 Vizepräsident beim Centralausschuß war, bekundete,

daß für Pastor Cremer im Jahre 1929 außerdem 25 000 Mark für zurückliegende Autospesen bezahlt wurden.

Recht interessant war schließlich noch die Feststellung des Angeklagten Generaldirektors Joppel, der erklärte, daß seines Erachtens der Konsortialvertrag gegen die guten Sitten verstoßen habe, was auch die Ansicht von Juristen gewesen sei, weil die Grundstücksmakler die gesamten Gewinne schluckten, und die Hilfskasse nur Zahlungen zu leisten hatte. Die Verhandlung wurde schließlich auf Dienstag Vormittag vertagt.

Verbandstag der AFLD

(Berlin, 18.—20. Mai 1932.)

Im allgemeinen zeigte dieser Verbandstag der Allg. Freien Lehrergewerkschaft das übliche Bild: Eine mit Haut und Haaren der SPD verschriebene Verhandlung und Verbandtagsmehrheit, eine Gewerkschaftspolitik, die sich infolgedessen aus den Fesseln der Staats- und Tolerierungspolitik nicht zu befreien vermag. Der Verbandstag der AFLD unterschied sich in zwei Dingen vorteilhaft von den Verbandstagen der meisten anderen Gewerkschaften: es war hier noch möglich, alle brennenden Fragen der deutschen Gewerkschaftsbewegung einschließlich ihrer politischen Ausgangspunkte zur Diskussion zu stellen.

Im übrigen steuert die sozialdemokratische Leitung der AFLD denselben Kurs wie die Leitung des ADB:

Fortsetzung der verhängnisvollen Bindung der AFLD an die SPD und ihre Tolerierungspolitik;

Fortsetzung der „Eisernen-Front“-Politik;

Entrechtung der Opposition, die in der ablehnenden Haltung der AFLD keinen Vertreter erhielt (1), obwohl von den 32 Delegierten des Verbandstages minde-

Nur Arbeiter sind die Feinde

der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei

In den neuesten vertraulichen „Richtlinien für Betriebsarbeit“ der NSDAP heißt es:

„Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes. In welcher Gestalt uns der Feind auch gegenübertritt, ob KPD, RGO oder die sozialdemokratischen und die in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen christlichen Gewerkschaften, unser Kampf gilt allen diesen Gebilden.“

... Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der RGO und KPD als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen.“

Also mit keinem Wort Kampf dem Ausbeuter der Arbeiter, dem Kapitalisten und Unternehmer. Nur Kampf gegen die Arbeiter und ihre Organisationen.

Bei den Nazis gewiß nichts Neues. Aber man muß es dokumentarisch festhalten. Zur Aufklärung der von den Nazi-Soldknechten verführten Arbeiter.

stens 7 den bisherigen Kurs der AFLD für prinzipiell falsch hielt;

Großzügige Absolution allen, die als sozialdemokratische Abgeordnete die AFLD und dem ADB auf das schwerste kompromittierten (Konkordate, Gesetz über Rechtsstellung der verheirateten weiblichen Beamten);

Ausschlußmanie gegenüber kommunistischen Kollegen.

Eine kurze Darlegung des Verlaufes des Verbandstages möge die oben getroffenen Feststellungen beweisen:

Am Donnerstag, 19. Mai, begann die eigentliche Arbeit des Verbandstages. Koll. Schallock, der 1. Vorsitzende, hielt das Hauptreferat, zugleich das einzige des Verbandstages: „Die gewerkschaftliche Arbeit der AFLD seit dem Görlitzer Verbandstag.“ Der Referent gab einen erschütternden Überblick über den fortgesetzten Schulabbau, über die Not der stellunglosen Junglehrer, über die Opfer, die die AFLD, besonders in Braunschweig und Thüringen in ihrem Kampf gegen Frick und Franzen-Klages gebracht hat. Schallock betonte besonders stark, wie Grimme in Preußen z. T. mit Erfolg bemüht gewesen sei, einen noch weiter gehenden Schul- und Lehrerhaltungsabbau zu verhindern. Schallock begründete die Haltung des „Volkslehrers“ zur Eisernen Front und forderte von allen sozialistischen Lehrern, daß sie sich in der AFLD zu organisieren hätten.

Vor der Hauptdebatte über das Referat gab es eine lange Auseinandersetzung über die von der Berliner Ortsgruppe eingereichte Resolution. Sie war den Koll. Jorns und Lemke zu radikal. Deshalb strichen sie alle ihnen unbequemen Stellen über Kriegesgefahr, Sowjetunion, Ueberparteilichkeit der Gewerkschaften vor ihrer endgültigen Einreichung heraus. Erst mit Hilfe der oppositionellen Stimmen der Braunschweiger Kollegen wurde neben der kassierten auch die Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung zur Verhandlung gestellt.

Die Aussprache eröffnete Koll. R. (Braunschweig) mit einer Begründung seiner Ablehnung der kassierten Entschließung in der Antragskommission. Nun folgte eine gründliche Aussprache über fast alle gewerkschaftspolitischen Probleme unserer Zeit. Auffällig war, daß für die Opposition fast ausschließlich stimmberechtigte Vertreter verschiedener Landesverbände sprachen, während für Eiserner Front und Tolerierung fast ebenso ausschließlich die nicht stimmberechtigten Reichsfunktionäre einsprachen. Schließlich mußte Kollege Kunze vom ADB noch assistieren, dessen Auftreten auf dem Braunschweiger Verbandstage seinerzeit nur Entsetzen und Kopfschütteln hervorgerufen hatte. Er sprach rein politisch, was gewiß kein Fehler war, weil der Opposition die Spaltung der SPD vor und

verteidigte die Tolerierung. Ihm antwortete Koll. G. (Braunschweig): Spaltung überall da, wo die Politik der proletarischen Partei in Widerspruch zu dem Empfinden der breitesten Massen gerät. Der 4. August 1934 war das Signal zur Spaltung. Neuer 4. August steht bevor. Zwanzig Monate Tolerierung haben den Faschismus nicht zurückgeworfen, sondern ihn begünstigt.

Die Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit für die kassierte Entschließung.

Die zweite größere Auseinandersetzung — gleichzeitig mit der Berliner Entschließung behandelt — ging um das Gesetz über die Rechtsstellung der verheirateten weiblichen Beamten. (Wir verweisen unsere Leser auf den Artikel der Genossin Dora Fabian: „Die Frau gehört ins Haus“, in der Sonntagnummer der „SAZ“ vom 22. 5. 32, der unsere Stellung dazu präzisiert). Ausgezeichnet stellte Kollegin Thorhorst die Bedeutung dieses verfassungsändernden Gesetzes dar.

Trotzdem Kunze vom ADB und Nitschke diese Haltung der SPD zu recht fertigen versuchten und Nelles, einst ein „Linker“, aus taktischen Gründen die Entschließung Thorhorst nicht angenommen wissen wollte, stimmte die große Mehrheit des Verbandstages dem Thorhorstischen Antrage zu und verurteilte damit die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihrer ADB-Mitglieder. In diesem Falle hatte ein alter freigewerkschaftlicher Grundsatz über die Tolerierungspolitik gesiegt.

In der Debatte über die Haltung des „Volkslehrers“ brachte die Opposition

Hunger-Demonstrationen in Westdeutschland

Panzerwagen auf der Straße — Zweistündiges Feuergefecht

In ganz Westdeutschland sind die Erwerbslosen in Bewegung. Zahlreiche Zusammenstöße haben sich ereignet, viele Verhaftungen sind vorgenommen. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft. Das Ueberfallkommando fährt in Panzerwagen durch die Straßen von Wuppertal.

In Heckinghausen kam es um 19 Uhr zu größeren Demonstrationen, die die Polizei aber auseinandertrieb. Später, nach Eintritt der Dunkelheit wurden Kanadendeckel angehoben, Straßenpflaster aufgerissen und Schaufenster zertrümmert. Es entspann sich

ein zweistündiges Feuergefecht

mit der Polizei. 132 Personen wurden festgenommen. Ein unbeteiligter Dachdecker wurde durch Kopfschuß getötet.

Auch in Düsseldorf Stadtteil Bilk machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch.

Sozialdemokraten für und gegen Arbeitsdienst

Die offenkundige Propaganda der SPD- und Reichsbannerführer für den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ hat in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschaften, die die lohndruckerische Wirkung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu spüren bekommen, lebhaften Widerstand gefunden. Denn nach einer Reihe von Artikeln für die Teilnahme am „Freiwilligen Arbeitsdienst“ sieht sich der „Abend-Vorwärts“ vom 25. Mai gezwungen, einen Artikel des Bau- und Gewerkschaftsführers Bernhard aus dem „Grundstein“ abzudrucken. Bernhard nimmt unter dem Motto: „Arbeit ohne Recht und Wirtschaftlichkeit“ äußerst scharf gegen den „Freiwilligen“ Arbeitsdienst Stellung. Er zitiert in seinem Artikel die Ausführungen des Ministers Treviranus, der den Begriff der Zusatzlichkeit auf alle Arbeiten ausdehnen will, „die für absehbare Zeit mangels anderer öffentlicher Mittel trotz anerkannter Dringlichkeit“ nicht zur Ausführung kommen können. Bernhard erklärt mit Recht, daß nach dieser Auslegung sehr bald alle einfachen und mechanischen Arbeiten durch „Freiwillige“ ausgeführt werden würden. Mit Lohnsenkung für Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis könnte dann soweit nachgeholfen werden, so daß der Unterschied nicht mehr ins Gewicht fällt. Er erklärt, die Konsequenz des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes sei der

Hinwurf der Benarbeiter aus dem Arbeitsrecht.

Auch die „ethischen und erzieherischen Momente“ des Arbeitsdienstes werden von Bernhard mit rücksichtsloser Schärfe zerstückelt. Er weist darauf hin, daß die nation-

An unsere Leser!

Die „Diskussionstribüne“ der „SAZ“ erscheint ab 1. Juni regelmäßig vierzehntägig Mittwochs. Die nächste Nummer der „Diskussionstribüne“ mit Beiträgen von Anna Siemsen, Fritz Rück usw. erscheint am Mittwoch, dem 1. Juni.

zur Sprache, wie der GA den Schriftleiter unter Zensur stellte und ihn anwies, in der Linie der Eisernen Front und der Hindenburgwahl zu schreiben.

Es folgten die Wahlen. Die Opposition schlug als 1. Vorsitzenden Genossen Aug. Siemsen vor. Koll. G. (Braunschweig) begründete diesen Vorschlag mit der Notwendigkeit, die AFLD aus den Netzen sozialdemokratischer Tolerierungspolitik zu befreien. Gen. Siemsen bekam 5 Stimmen, Koll. Schallock 24, 2 Stimmsatzel waren unbeschrieben. Bei den übrigen Wahlen enthielt sich die Opposition der Stimme. Lemke-Berlin wurde Geschäftsführer, Rippert-Harburg blieb Schriftleiter.

Der ganze Verlauf dieses Verbandstages — aus Raummangel konnten wir nicht über alle Einzelheiten berichten — macht es allen konsequenten Gewerkschaftlern zur Pflicht, unverdrossen daran zu arbeiten, die AFLD aus den Klauen der sozialdemokratischen Staatspolitik zu lösen und die Mitglieder dieser Organisation für eine solche Gewerkschaftstaktik zu gewinnen, die in der Gegenwart Erfolge zu bringen vermag.

In Dortmund wurde im Einheitspreisgeschäft Epa der Wurstand geplündert. Auch verschiedene andere Lebensmittelgeschäfte wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Ebenfalls in Köln machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch. In Kalk machten die Erwerbslosen einen „Hungermarsch“. Auch hier schoß die Polizei. Dabei wurden zwei Personen durch Bauchschüsse, eine durch einen Armschuß verletzt. Die Versammlungen der KPD wurden verboten.

Die bürgerliche Presse geht wieder mit den „kommunistischen Drahtziehern“ krebsen. In Wirklichkeit weiß sie ganz genau, daß es einfach der Hunger und die Verzweiflung sind, die die Erwerbslosen vor die Panzerwagen und Karabiner der Polizei treiben.

Proseknobelung. Zu unserer Meldung über das Verbot der vom Spartakusbund herausgegebenen Zeitschrift ist nachzutragen, daß gegen den verantwortlichen Redakteur von der Staatsanwaltschaft Dresden Strafantrag gestellt worden ist.

nationalistischen Kreise im „Freiwilligen“ Arbeitsdienst nur die Vorstufe zur militärisch aufgelegenen Pflichtarbeit sehen und erklärt: „Die gewerkschaftlichen Errungenschaften auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet sind in Gefahr...“

An diesen Artikel, dessen Schlußfolgerungen wir durchaus unterschreiben, hängt der „Vorwärts“ ein Kommentar, das ein Muster von Hilflosigkeit und Verlogenheit ist. Er schreibt: „Weil sich die Stimmen mehren, die dafür eintreten, daß man den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht einfach den Reaktionen überlassen soll, deshalb darf nicht angenommen werden, daß unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht mehr besteht.“ Das ist ein dreister Schwindel. Denn erstens bedeutet das Eintreten für die Teilnahme selbstverständlich schon eine Bejahung und Unterstützung des Arbeitsdienstes und weiter ist der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel vom 19. Mai auch grundsätzlich für den Freiwilligen Arbeitsdienst eingetreten. Er schrieb dort:

„So gewiß auch die kriseneindämmende Rückwirkung des Freiwilligen Arbeitsdienstes... volkswirtschaftlich nicht sehr erhebend ist, so liegt die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der politisch-pädagogischen Seite.“

Und er rühmt am „Freiwilligen Arbeitsdienst“, daß die Jugendlichen wieder „die erfüllende Wirkung einer gesunden Arbeitsordnung kennen lernen.“ Das ist eine grundsätzliche Anerkennung! Aber die faulen Ausreden des „Vorwärts“ zeigen, daß die SPD-Arbeiter dagegen rebellieren! Es ist an uns, diese Rebellion zu fördern.

Deutscher Außenhandel schrumpft

Die Folgen für den Arbeitsmarkt

Als das Brüning-Kabinett den großen Raubzug auf Löhne und soziale Leistungen inaugurierte, wurden alle dagegen geltend gemachten Bedenken, daß hierdurch die innere Kaufkraft zerrieben und infolgedessen auch die Arbeitslosigkeit weiter verschärft werde, mit dem Hinweis abgetan, daß es in erster Linie gelte, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu sichern. Gelänge dies, dann brauchte eine Gefahr nicht befürchtet zu werden, da die zu erwartenden Auslandsaufträge die schrumpfende innere Kaufkraft mehr als ausgleichen und einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht nur entgegenwirken, sondern darüber hinaus sogar noch zu einer Entspannung der Arbeitsmarktkrise führen würden. Die Entwicklung des deutschen Außenhandels im vergangenen Jahre brachte zwar, wie leicht vorauszu sehen war, alles andere als eine Erfüllung dieser Rechnung, aber immerhin gelang es der deutschen Industrie, sich besser als die anderen Länder auf dem Weltmarkt zu behaupten. Denn bezifferte sich die gesamte Exportschrumpfung der Welt dem Werte nach im Jahre 1931 gegenüber dem vorausgegangenen auf 28,1 Prozent, so wurde der deutsche Export nur mit 20,2 Prozent von dem Rückgang betroffen. Lediglich Italien weist mit 18,3 Prozent noch eine geringere Schrumpfung auf.

Noch deutlicher tritt die verhältnismäßig starke Behauptung des deutschen Exports im vergangenen Jahre hervor, wenn man das Jahr 1929 — ein Rekordjahr der deutschen Ausfuhr — zum Ausgangspunkt nimmt und die Entwicklung in den beiden andern großen Industriestaaten der Welt damit in Vergleich rückt. Setzt man das Jahr 1929 mit 100 an, so beziffert sich

der Export Deutschlands auf	71,2
„ „ Englands „	53,2
„ „ d. Ver. St. v. Amerika „	46,9

Zu einem großen Teil dürfte dem deutschen Export hierbei dessen regionale Orientierung zugute gekommen sein. Im Gegensatz zu England oder den Vereinigten Staaten liegen die hauptsächlichsten Auslandskunden Deutschlands in Europa, dessen Kaufkraft sich trotz allem ungleich besser behauptet hat als diejenige der übrigen Kontingente. Bekanntlich sind es ja die überseeischen Agrarstaaten, die von der Krise am heftigsten aufgewühlt worden und gegenüber dem Ausland in einen ebenso unwillkürlichen wie massiven Käuferstreik getreten sind. Auch in der Entwicklung des deutschen Exports sind diese verschiedenen Intensitätsgrade der Krise erkennbar, denn betrachtet man nur die deutsche Ausfuhr nach den überseeischen Staaten, dann beträgt der Rückgang gegenüber 1929 48,9 Prozent, oder fast die Hälfte und damit prozentual gerade doppelt soviel wie nach den europäischen Industriestaaten, auf die ein Exportrückgang von 24,5 Prozent entfällt, während die europäischen Agrarstaaten um 35 Prozent weniger kauften als im Jahre 1929.

Mit dem Jahresbeginn ist nun in dieser für den deutschen Export verhältnismäßig günstigen Entwicklung eine scharfe Wendung eingetreten. Allein von Dezember 1931 auf Januar 1932 ist die deutsche Ausfuhr von 738,3 Mill. RM auf 541,5 Mill. RM gefallen und dieser Abschwung setzte sich seitdem noch fort. Die Größe der unterschiedlichen Bewegung erhält am besten ein Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Der Wert der deutschen Ausfuhr bezifferte sich (in Millionen RM):

	1931	1932
Januar	778	542
Februar	867	538
März	818	527
April	783	481
insgesamt	3246	2088

Das entspricht einem Rückgang von mehr als 60 Prozent. Betrachtet man das erste

Quartal für sich allein und zerlegt man den Export nach den verschiedenen Kontinenten, in die er sich bewegte, so zeigt sich folgendes Bild, wobei die in Klammern eingefügte Ziffer den Rückgang gegenüber dem ersten Quartal 1931 angibt:

Deutscher Export in Mill. RM Januar/März 1932		
Europa	1305	(184)
Afrika	31	(52)
Asien	113	(288)
Amerika	150	(284)
Australien	6	(11)

In diesen Ziffern liegen einige sehr alarmierende Anzeichen: zum ersten Mal seit dem Krisenbeginn ist auch die deutsche Ausfuhr nach den europäischen Staaten stark rückgängig. Den absolut größten Rückgang weist hierbei, wie sich aus der folgenden Zusammenstellung ergibt, England auf.

Ausfuhr Deutschlands nach den Hauptabnehmerländern im ersten Quartal (in Mill. RM)

	1932	1931
Sowjetunion	181	129
Niederlande	167	244
Großbritannien	150	262
Frankreich	135	228
Schweiz	125	125
Belgien/Luxemburg	80	124
Vereinigte Staaten	81	133

Das erste Quartal zeigt demnach eine bemerkenswerte Verschiebung in der Rangordnung der deutschen Abnehmerstaaten. England, das im ersten Quartal vorigen Jahres an erster Stelle rangierte, ist im ersten Quartal dieses Jahres auf die dritte Stelle gerückt und von der Sowjetunion abgelöst worden, die damit zum größten Käufer deutscher Waren geworden ist. Die ursprüngliche Annahme, dies sei nur darauf zurückzuführen, daß England vor Einführung seiner neuen Zölle eine starke Voreindeckung seines Bedarfs vorgenommen habe und lediglich darum erst an dritter Stelle unter den Abnehmerstaaten erscheine, hat sich inzwischen als irrig erwiesen. Der weitere Ausfuhrückgang, den der Monat April gebracht hat, entfällt wieder zur Hauptsache auf England, so daß nur die Erklärung bleibt, daß der Rückgang keine vorübergehende Erscheinung, sondern — in Verbindung natürlich mit der allgemeinen Welt-handelschrumpfung — ein dauerndes Ergebnis der englischen Zollpolitik ist.

Mit Ausnahme von Sowjetrußland und der Schweiz ist aber auch die Ausfuhr nach allen andern Hauptabnehmerstaaten stark rückgängig, das muß als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Zeit, da dem deutschen Außenhandel aus dem Gang der Krise keine allzu große Gefahr drohte, vorbei ist, daß damit gerechnet werden muß, daß die Arbeitslosigkeit in der Folge nicht nur von der sich fortsetzenden Schrumpfung des Inlandabsatzes, sondern ebenso sehr von der Schrumpfung der Ausfuhr her einen starken Auftrieb erhalten wird.

Mit dieser Entwicklung war eigentlich längst zu rechnen. Je länger und je heftiger die Krise wütet, umso mehr macht sich in allen Ländern das Bestreben geltend, sich hinsichtlich der eigenen Versorgung gegenüber dem Weltmarkt abzuriegeln. Mit immer höher aufsteigenden Zollmauern fing es an. Dann kamen die Kontingentierungen in Mode, und heute sind es vornehmlich Devisennot, d. h. Rücksichten auf die Zahlungsbilanz, die den Vorwand zur Fortsetzung dieser Absperrungspolitik abgeben. Eine Reihe von Staaten hat schon jetzt derart strenge Devisenordnungen, daß eine völlige Lähmung aller internationalen Austauschbeziehungen die Folge ist, und fortwährend gesellen sich ihnen noch neue hinzu. Der Welthandel steht überall auf Abbruch und da Deutschland bisher der erfolgreichste Nutznießer des Weltmarktumsatzes war, so bekommt es nun auch den Rückschlag am heftigsten zu spüren.

Es wäre aber irrig, den Ausfuhrückgang allein auf Umstände zurückzuführen, die außerhalb der deutschen Einwirkungsmöglichkeiten liegen. Bekanntlich ist Deutschland auf dem Wege der Zollerhöhungen den meisten übrigen Staaten noch vorausgegangen. Um die Preise für Agrarprodukte zugunsten der Junkerwirtschaft hochzuhalten, wurde — zum Teil schon unter der Regierung Müller — jene Zollpolitik eingeschlagen, die zu einer immer vollständigeren Abhängung der deutschen Landwirtschaft von derjenigen des Auslandes führte. Bestand deren Wirkung zunächst vornehmlich darin, daß die Preise aller Agrarprodukte weit über das Weltmarktniveau hinauswuchsen und dementsprechend die Lebenshaltungskosten in Deutschland künstlich hochgetrieben wurden, so schlägt diese staatliche Fürsorge für den ostelbischen Großgrundbesitz jetzt immer fühlbarer auch noch nach einer anderen Seite aus: die durch die deutsche Agrar-Zollpolitik in Mitleidenschaft gezogene Länder treten in eine immer offenere Rebellion und drohen mit Gegenmaß-

nahmen. Zum Teil sind solche auch schon ergriffen worden, doch jetzt sind Bestrebungen im Gange, diese noch erheblich zu verstärken, wenn Deutschland nicht zu Zugeständnissen bereit ist. Zu diesen rebellierenden Ländern gehören auch einige bisherige Hauptabnehmer Deutschlands wie die Niederlande und die Schweiz, und kommt es nicht zu einer Verständigung, so wird die deutsche Ausfuhr schon in allernächster Zeit noch einmal einen starken Stoß erhalten.

Doch auch im Falle einer Verständigung dürfte eine weitere Ausfuhrschumpfung nicht aufzuhalten sein. Sie ist um so unvermeidlicher, als in einer Reihe von Staaten, die bisher zu Deutschlands besten Abnehmern zählten, die Krise erst jetzt mit voller Wucht zum Durchbruch kommt, während andererseits verschärfte Devisenordnungen und Moratorien

Verbandstag der Buchbinder

Schlußbericht

Die Donnerstag-Sitzung des Verbandstags beginnt mit dem Bericht der Kommission über die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens. Erhaltung der bisherigen Höhe des Beitrages, weitgehende Abstriche bei der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung, gänzlicher Wegfall der Krankenunterstützung auf ein Jahr. Das sind die Vorschläge der Kommission. Man merkt es den in dieser Frage sprechenden Delegierten an, daß sie erhebliche Bauchschmerzen haben. Verlangten doch fast 15 Anträge von den verschiedensten Zahlstellen eine Herabsetzung der Beiträge. Wie sagen wir's unseren Mitgliedern? Das war das A und O aller Redner. Die zu diesen Fragen vorgenommenen grundsätzliche Abstimmung ergab, daß der Beitrag in der bisherigen Höhe erhalten bleibe, Kürzungen an der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung, Streichung der Krankenunterstützung auf ein Jahr. Die Kommission tritt erneut zur Beratung zusammen.

Hierauf wird über einen erneuten Vorschlag zur Beitragsfrage berichtet. Außer den von den Mitgliedern zu wählenden Delegierten soll sich der Beirat aus den Mitgliedern des Verbandsvorstandes, dem Redakteur der Buchbinder-Zeitung und dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses zusammensetzen. Ein dem Verbandsvorstand sehr angenehmer Vorschlag, da der Betriebsarbeiter hierbei faktisch ausgeschaltet ist. Der Vorschlag wird dann in der vorliegenden Form, mit einem Zusatzantrag, daß auf Verlangen von 1/3 Beiratsmitgliedern der Beirat zusammentreten muß, gegen wenige Stimmen angenommen.

Es folgt die Neureglung der Gehälter und Diäten. In allen möglichen Fragen, wie Kürzung der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung, Streichung der Krankenunterstützung, hat der Hauptvorstand mitunter sehr einschneidende Abbau-Anträge gestellt. Doch zur Kürzung der Gehälter und Diäten nicht einen. Da ist für ihn alles in Butter. Die Verbandsgestellten wissen ja garnicht, was sie ihrem Verband und der gesamten Arbeiterbewegung für einen großen moralischen Dienst erwiesen hätten, wenn sie von sich aus einen der allgemeinen Lohnsenkung und dem Notjahr entsprechenden Abbauantrag in der Gehaltsfrage dem Verbandstag unterbreitet hätten. Die Kommission schlägt vor: Kürzung der Gehälter um 25 Pct für Verbandstagsdiäten 22 Mark pro Tag, für Reisediäten 18 Mark pro Tag, halbe Tage entsprechend weniger. Die Delegierten aus dem Betrieb mußten den Herren erst sagen, daß sie nicht gewohnt sind, so gut entlohnt zu werden, und gerade in diesen schweren Zeiten sparsamer mit Verbandsgeldern zu wirtschaften. Ostens wieder, München, schlägt vor, die Gehaltsliste mit allen Sondervergütungen in der Buchbinder-Zeitung zu veröffentlichen. Es wurden dann 18 Mark Verbandstagsdiäten, 17 Mark Reisediäten und 25 Proz. Gehalts-senkung durch Beschluß festgesetzt.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand ergaben, Drehschäld, Berlin, 1. Vorsitzender (der bisherige 1. Vorsitzende Hauweisen wünschte aus gesundheitlichen Rücksichten zurückzutreten); Wienicke, Berlin, 2. Vorsitzender; Greve, Berlin, Kassierer. Es folgen dann die Wahlen der unbesoldeten Vorstandsmitglieder, der Revisoren, des Verbandsausschusses und Michaelis, Berlin, als Redakteur der Verbandszeitung. Verbandsvorort bleibt Berlin, Sitz des Verbandsausschusses Leipzig.

Die Frage der Unterstützung wird dann noch einmal angeschnitten. Die Kommission berichtet aufs neue. Es werden dann Kürzungen in der Arbeitslosenunterstützung bis 40 Proz., in der Invalidenunterstützung bis

die Austauschbeziehungen von Tag zu Tag mehr zerrütten.

Damit wächst aber auch das Problem der Arbeitsbeschaffung für Deutschland über seine bisherige Bedeutung noch weit hinaus. Es wird einfach unerträglich, diese Frage noch länger zu vertagen, oder die Zeit mit wirtschaftlichen Spielereien wie der Arbeitsdienstpflicht zu vertreiben. Desgleichen muß dem weiteren Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen Einhalt geboten werden und wird im Gegenteil deren Wiederheraufzucht dringender als je. Jeder andere Kurs führt die Volksmassen immer tiefer in die Zerrüttung. Und hier liegt vor allem die Gefahr, die die jetzt ihrer Vollendung entgegengehende neue Notverordnung heraufbeschwört. Sie setzt das Werk der Kaufkraftzertrümmerung brutal und rücksichtslos fort mit dem Resultat, daß sie neue Hunderttausende der Arbeitslosigkeit ausliefert. Das muß unter allen Umständen verhindert werden, und es wird verhindert werden, wenn endlich auch die freien Gewerkschaften den Abgrund erkennen, in den jede weitere kampflose Hinnahme dieser Notverordnungs politik die Arbeiterklasse unweigerlich stößt.

30 Proz. zugestimmt. Der Pflichtbeitrag für Erwerbslose wird abgelehnt.

Mit einem echt reformistischen Schlußwort von Zinke, Leipzig, wurde der Verbandstag geschlossen.

Sie „siegen“ sich zu Tode Die Leipziger Buchdrucker zum Tarifabschluß

In der Gaumitgliederversammlung am 19. Mai berichtete Gauvorsitzender Hesselbarth über den Tarifabschluß. Er bezeichnete das Ergebnis mit erhobener Stimme als einen Sieg, weil anstatt des Urlaubsgeld-abbaues auf 70 Prozent jetzt 75 Prozent ausbezahlt würden. Das löste einen Heterkeitssturm aus.

In der Diskussion trat die Mehrzahl der Redner dem Gauvorsitzenden scharf entgegen. Hempel (KPO) legte dar, daß an dieser Niederlage der reformistische Gewerkschaftskurs schuld ist. Der Ansturm der Unternehmer ist gelungen und weitere stehen bevor. Ändert die Führung nicht den Weg, dann muß sie eben verschwinden. Hempel legt dann eine Resolution vor, die die Ablehnung der Vereinbarung verlangt, und die sich gegen jede Verschlechterung ausspricht.

Thalheim (SAP): Kollege Hesselbarth nimmt es selbst nicht für Ernst, wenn er von Sieg spricht. Wäre die Vereinbarung für die Angestellten des Gaubüros bestimmt gewesen, so hätte H. bestimmt nicht zugestimmt. (Beifall.) In der letzten Versammlung bezeichnete Hesselbarth den Schiedsspruch für unmöglich, aber heute hat er selbst der Vereinbarung zugestimmt, die sich auf derselben Linie bewegt. Es ist eine Schmach für die stärkste Gewerkschaft, daß sie kapituliert hat, ohne überhaupt zu kämpfen. Die Arbeiterschaft hat jetzt genug Opfer für den sterbenden Kapitalismus gebracht. Es ist nun endlich einmal an der Zeit, Opfer zu bringen für die eigene Sache. Besser heute gekämpft als morgen, wo wir vielleicht zertreten am Boden liegen.

Grundmann (SPD) hielt gegen Thalheim und die ganze Opposition eine derartig provokatorische Rede, daß er unter dem Proteststurm kaum weitersprechen konnte. Ihn antworteten Heyer und P. Böttcher (KPO) in sehr wirkungsvoller Weise. Letzterer bezeichnete den Abschluß des Manteltarifs als ein Signal für die ganze Arbeiterschaft.

Zum Schluß gelang es den Reformisten, nur mit knapper Mehrheit die Resolution Hempel zu Fall zu bringen.

Düsseldorfer Buchdrucker gegen den neuen Manteltarif

Am 21. Mai tagte in Düsseldorf eine Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, die sich mit dem Ergebnis der Manteltarifverhandlungen befaßte. Einmütig und groß war die Entrüstung der Kollegen über das, was hier der Mitgliedschaft geboten wurde. Als besonders empörend wurde das Verhalten des Verbandsvorstandes empfunden, der nach dem Schiedsspruch sich vor Entrüstung beinahe überschlug und nicht genug scharfe Worte zu seiner Verurteilung finden konnte und jetzt denselben Schiedsspruch mit kleinen Abänderungen in freier Vereinbarung akzeptiert. Auf's schärfste verurteilt wurde noch, daß der Verbandsvorstand ohne Urabstimmung der Mitgliedschaft diese Verschlechterung aufkotzt. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die den neuen Manteltarif ablehnt, dem Verbandsvorstand das schärfste Mißtrauen ausspricht und seinen sofortigen Rücktritt fordert sowie Urabstimmung und Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangt. Ebenso einstimmig wurde dann noch beschlossen, diese Woche in sämtlichen größeren Druckereien Betriebsversammlungen stattfinden zu lassen, die sich mit der Ausrufung eines evtl. Streiks befassen.

Erklärung

Nach mir gewordenen Mitteilungen wurde auf dem Verbandstag der freien Lehrergewerkschaft in Berlin von einem Delegierten aus Breslau die Behauptung aufgestellt, ich hätte für das Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten im Reichstag gestimmt. Diese Behauptung ist unwahr. Ich habe, wie das amtliche namentliche Abstimmungsprotokoll der 64. Sitzung vom 12. Mai 1932 ergibt, bei der Abstimmung über dieses Gesetz mit allen anderen Abgeordneten der Sozialistischen Arbeiterpartei mit Nein gestimmt. In diesem Gesetz erblicke ich die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Gleichstellung der weiblichen Beamten. Ich sehe in diesem Gesetz einen Verstoß gegen den sozialistischen Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ich habe nicht etwa aus Partei- oder Fraktionsdisziplin gegen dieses Gesetz gestimmt, sondern meiner Überzeugung gemäß, weil ich in dem Gesetz ein Unrecht gegen die weiblichen Beamten erkenne. Hans Ziegler, M.d.R.